



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1969

Grafik des Monats: Bundestagswahl

Aufsätze: Wandlungen Industriestruktur (Teil 3)
Bundestagswahl
Einkünfte der Unternehmer

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1968	1969	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	141	158	+	12
Beschäftigte	1 000	172	182	+	6
Umsatz ³	Mill. DM	853	957	+	12
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	21	23	+	10
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,1	8,7	-	4
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 359	2 829	+	20
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	162,2	184,2	+	14
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	115,0	149,0	+	30
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 981	7 775	+	30
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	105,5	108,9	+	3
Grundstoffpreise	1962 = 100	98,7 ^a	100,7 ^a	+	2
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100	99,1	100,6	+	2
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	97,9	106,2	+	8
Lebenshaltung⁴					
insgesamt	1962 = 100	115,9	119,2	+	3
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	111,3	114,6	+	3
GELD UND KREDIT					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten ⁵	Mill. DM	2 325	2 609	+	12 ^b
mittel- und langfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	7 539	11 020	.	.
Sparenlagen ⁷	Mill. DM	4 320	4 889	+	13
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	39	65	+	64
Landessteuern ⁹	Mill. DM	93	107	+	15
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	57	58	+	1
Lohnsteuer	Mill. DM	43	56	+	29

1) bei "Geld und Kredit": Februar bis Juni

2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

4) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

5) an die Nichtbankenkundschaft 6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

7) Bestand am Monatsende 8) einschließlich Umsatzausgleichsteuer/ Einfuhrumsatzsteuer

9) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern

a) Monatsdurchschnitt März bis Juni b) wegen Umstellung der Bankenstatistik zum Dezember 1968 ist kein Vergleich möglich



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

21. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1969

Aktuelle Auslese



Abermals mehr Beschäftigte in der Industrie

In den Monaten Januar bis August 1969 lag die Beschäftigtenzahl der schleswig-holsteinischen Industrie mit durchschnittlich 183 000 Personen um 6 % höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Im August 1969 nahm die Zahl der Beschäftigten gegenüber Juli 1969 um 2 000 Personen zu. Neueinstellungen größeren Umfangs gab es im Maschinenbau, und zwar 560 Beschäftigte.



Hoher Produktionsausstoß in der Investitionsgüterindustrie

Die in den ersten acht Monaten 1969 produzierte Gütermenge der schleswig-holsteinischen Industrie war um knapp 14 % größer als der vergleichbare Produktionsausstoß des Vorjahres. Im Bundesgebiet betrug die Produktionszunahme gut 14 %. Die höchste Zuwachsrate sowohl in Schleswig-Holstein (+ 19 %) als auch im Bundesgebiet (+ 21 %) verzeichnete die Investitionsgüterindustrie.



Kreis der Bezieher von Wohngeld ist größer geworden

Mit 59 200 Wohngeldempfängern am 31. Dezember 1968 ist der Kreis der Bezieher von Wohngeld gegenüber dem 30. Juni 1968 um fast ein Viertel größer geworden. 87 % der Empfänger erhielten Mietzuschuß und 13 % Lastenzuschuß. Fast die Hälfte der Mietzuschußempfänger bekam im Dezember 1968 einen monatlichen Mietzuschuß von weniger als 40 DM. Monats-

eträge von 100 DM und mehr erhielten nur 4,7 % der Empfänger. Von den Empfängern eines Mietzuschusses waren 63 % Rentner und Pensionäre.



Wirtschaftsaufschwung beeinflußt Wanderungsbewegung

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nahm in den Jahren 1965, 1966 und 1968 durch Wanderungsgewinn um jeweils mehr als 17 000 Einwohner zu. Das Jahr 1967, das durch einen leichten Wirtschaftsrückgang gekennzeichnet ist, macht mit einem Wanderungsgewinn von nur 11 400 Personen eine Ausnahme. Dieser Rückgang ist zu einem großen Teil auf die Heimkehr ausländischer Arbeitnehmer zurückzuführen.



Schweinebestand unverändert

Am 3. September 1969 wurde für Schleswig-Holstein ein Bestand von fast 1,8 Mill. Schweinen ermittelt. Damit wurde das Vorjahresergebnis nur um 0,5 %, der mehrjährige Durchschnitt um 0,6 % überschritten. Im Vergleich zum vorjährigen September gibt es 6 % weniger Ferkel, aber noch 4 % mehr Jungschweine und Schlachtschweine (½ Jahr alt und älter).

Die Zahl der Zuchtsauen insgesamt war noch geringfügig kleiner als vor Jahresfrist und um 4 % kleiner als im mehrjährigen Durchschnitt der Septemberzählungen. Dabei ist aber die Zahl der trächtigen Jungsauen wieder kräftig gestiegen (+ 15 %) und auch die Bestände an nicht trächtigen Jungsauen waren größer als im September 1968.

Aus dem Inhalt

Wandlungen Industriestruktur (Teil 3) Seite 215

Hier wird versucht, Aussagen über die vermutliche Beschäftigtenentwicklung im Jahrzehnt von 1968 bis 1978 zu machen, und zwar auf Grund der in den Teilen 1 und 2 dieses Aufsatzes festgestellten Veränderungen in der Zeit von 1958 bis 1968. Für die Projektionen werden zwei Wege beschritten, ein arithmetischer und zwei geometrische. Bei Fortsetzung der absoluten Veränderungen 1958/1968 bis 1978 errechnet sich eine Gesamtzahl der Industriebeschäftigten von 190 000, eine gering erscheinende Zahl angesichts von schon 186 000 Beschäftigten im August 1969. Die Kunststoffverarbeitung hätte nach dieser Annahme 1978 z. B. 5 600 Beschäftigte (gegenüber 3 700 im August 1969) und der Schiffbau nur noch 12 400 (21 200). Der Anteil der expansiven Zweige wäre 76 % groß. Projektion II verwendet die Veränderungsraten 1958/68, und zwar halbiert. Für 1978 kommt man so auf 204 000 Beschäftigte, das wären etwa 30 000 oder 17 % mehr als 1968. Der Anteil der beschäftigungsexpansiven Zweige hätte sich von 62 % (1968) auf 70 % vergrößert. Zur Kunststoffverarbeitung würden dann 13 300 Beschäftigte (+ 343 %) gehören, und zum Schiffbau 18 300 (- 15 %). Für die Projektion III wurden ebenfalls die ermittelten Veränderungsraten verwendet, aber in voller Höhe. Dies würde zu insgesamt 234 000 Beschäftigten führen. Die expansiven Zweige hätten daran einen Anteil von 78 %. Die Kunststoffverarbeitung beschäftigte dann 23 600 Menschen (+ 685 %), der Schiffbau nur noch 15 100 (- 30 %). Eine so dynamische Entwicklung würde die Branchenstruktur der Industrie erheblich verändern. Die hier angestellten Überlegungen sind jedoch frei von wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen; sie sollen als Orientierungshilfen verstanden werden.

Bundestagswahl

Seite 222

Mit 1,7 Mill. waren am 28. 9. 1969 nur 1,4 % mehr Bürger wahlberechtigt als 1965; dennoch gehörte beinahe jeder fünfte im Lande zu den Neuwählern. 1,5 Mill. Wähler

haben tatsächlich gewählt (86 %). Ein Wahlkreis (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) hat um 39 % mehr Einwohner als der Durchschnitt aller Wahlkreise im Bundesgebiet. 7 % der Wähler benutzten die Möglichkeit der Briefwahl. 1,8 % der Erststimmen und 1,2 % der Zweitstimmen waren ungültig. Von den 11 gewählten Wahlkreisabgeordneten gehören 7 der CDU an und 4 der SPD. Die CDU mußte bei den Erststimmen in allen Wahlkreisen Einbußen hinnehmen, die SPD konnte überall vordringen. Unter den 11 direkt gewählten Abgeordneten ist wieder keine Frau. Von den Zweitstimmen, die das Parteienverhältnis im Bundestag entscheiden, fielen 46,2 % an die CDU, 43,5 % an die SPD, 5,2 % an die FDP, 4,3 % an die NPD und 0,7 % an die ADF, EP und GPD zusammen. Daraus ergaben sich für Schleswig-Holstein im Bundestag für CDU und SPD je 10 Sitze und für die FDP ein Sitz. Der Vorsprung der CDU vor der SPD hat sich im Lande stärker verringert als im Bundesgebiet. Weitere Ergebnisse (Umrechnung auf Landtagswahlkreise, politische Kreise und Gemeindegrößeklassen) folgen im nächsten Heft.

Einkünfte der Unternehmer

Seite 231

72 654 unbeschränkt Steuerpflichtige mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb in Höhe von 1,7 Mill. DM wurden 1965 zur Einkommensteuerstatistik erfaßt. Gegenüber 1961 sind das 4,5 % mehr Fälle und 30 % mehr Einkünfte. Diejenigen Unternehmen (61 250), die ausschließlich oder überwiegend Einkünfte aus Gewerbebetrieb hatten, erreichten im Durchschnitt gewerbliche Einkünfte von 26 900 DM gegenüber 20 700 DM vier Jahre zuvor. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Steuerpflichtigen um 1 000 zurückgegangen. Die Industrieunternehmer erreichten hier im Mittel 139 000 DM Einkünfte, die im Handwerk nur 21 800 DM. Unter den einzelnen Branchen stehen die Spirituosenhersteller mit über 160 000 DM weit an der Spitze, die Unternehmer der chemischen und elektrotechnischen Industrie sowie des Schiffbaues liegen ebenfalls noch über 100 000 DM. Im Mittel des verarbeitenden Gewerbes wurden 36 500 DM erreicht, im Großhandel 45 100 DM, in allen übrigen Wirtschaftsabteilungen weniger.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Wandlungen der Industriestruktur im letzten Jahrzehnt

Teil 3: Versuch einer Prognose

Die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in der schleswig-holsteinischen Industrie von 1958 bis 1968 sind im letzten Monatsheft September dargestellt worden. Über 60% der Beschäftigten arbeiteten in Industriezweigen, deren Beschäftigtenzahl im Beobachtungszeitraum angestiegen war. Etwa ein Drittel gehörte zu schrumpfenden Branchen und nur 6% der Beschäftigten hatten ihren Arbeitsplatz in Industriezweigen, die als konstant betrachtet werden können. Als besonders wachstumsintensive Branchen wurden festgestellt:

Chemie
Stahl- und Leichtmetallbau
Maschinenbau
Druck und Vervielfältigung
Kunststoff-Verarbeitung

Zu den beschäftigungskontraktiven Industriezweigen gehörten unter anderem der Schiffbau, die Textilindustrie und die Industrie der Steine und Erden. In der Leder-Erzeugung verlief der kontraktive Prozeß in den letzten fünf Jahren außerordentlich schnell, so daß dieser Industriezweig, der 1950 mit rund 3 000 Beschäftigten noch zu den bedeutenderen Zweigen der schleswig-holsteinischen Industrie gehört hatte, 1968 mit etwas mehr als 100 Beschäftigten praktisch bedeutungslos geworden war.

In diesem Aufsatz soll nun - ausgehend von den Veränderungen, die für die Zeit von 1958 bis 1968 in den einzelnen Industriezweigen festgestellt wurden - der Versuch unternommen werden, quantifizierte Aussagen über die Beschäftigtenentwicklung im kommenden Jahrzehnt (also bis 1978) zu machen. Bevor die einzelnen Projektionen und ihre Ergebnisse erörtert werden, sind jedoch noch einige allgemeine Bemerkungen angebracht. Für die Beschäftigung mit zukünftigen Entwicklungen wird gern der Ausdruck Futurologie gebraucht. Futurologie sollte nicht nur als Mode, sondern als nüchternes Bemühen, künftige Entwicklungsmöglichkeiten rechtzeitig zu erkennen, aufgefaßt werden. In einer sich rasch wandelnden Welt ist ein Jahrzehnt schon ein langer Zeitraum, in dem sich vieles, einiges sogar grundlegend, ändern kann. Ein Jahrzehnt ist aber wiederum kein so großer Zeitraum, daß man nur auf Spekulationen angewiesen wäre und in Illusionen enden müßte. Der derzeitige Zustand, und wie es zu diesem Zustand gekommen ist, hat als Ausgangsbasis für alle hier angestellten zukunftsorientierten Überlegungen gedient.

Der Wahl der Projektionsmethoden hat die simple - jedoch einzig reelle - Annahme zugrunde gelegen, die Entwicklung des letzten Jahrzehnts könne wohl auch im kommenden Jahrzehnt so weitergehen. Ein Seitenblick wurde ferner der Frage gegönnt, ob überhaupt so viele Erwerbspersonen zur Verfügung stehen werden; die vorsichtige Antwort lautet, daß dies nicht ausgeschlossen sei.

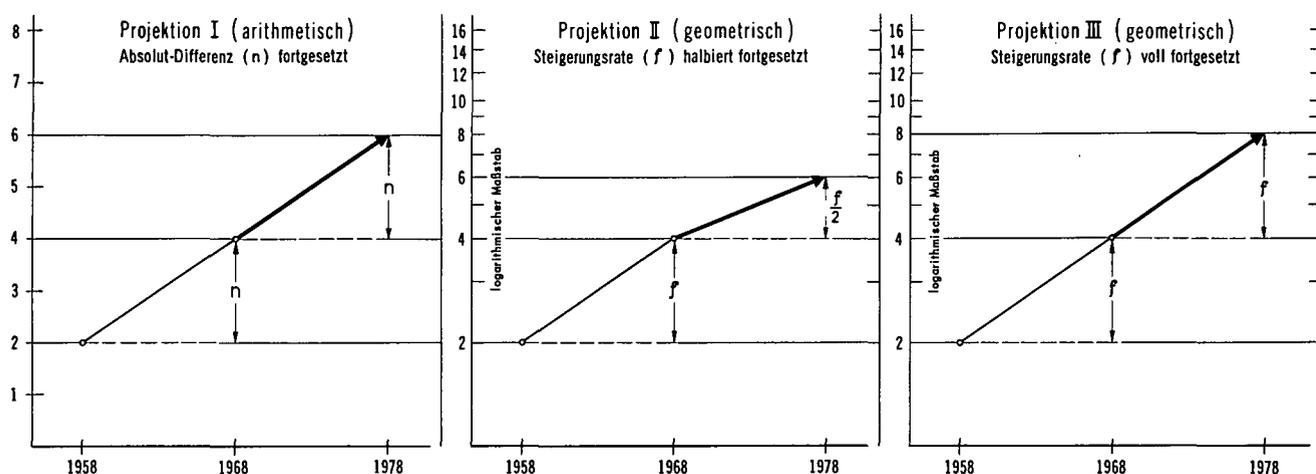
Eine Prognose quantitativer Art kann nicht falsch oder richtig, sondern nur mehr oder weniger zutreffend sein. Dieser "Realitätsgehalt" der Zukunftsüberlegungen wird, bei aller Richtigkeit der Berechnungen, durch zwei Einflüsse verringert: die Grundannahme bezüglich der Entwicklungstendenz und -möglichkeit kann falsch sein, und die Ergebnisse der Prognose können die Träger der untersuchten Entwicklung veranlassen, ihr Verhalten zu ändern. Trotz dieser Unsicherheiten dürfte allein schon die ernsthafte und gründliche Beschäftigung mit den für die Prognose nötigen Fakten und die dabei gewonnenen Erkenntnisse wertvoll genug sein, um die Prognose zu rechtfertigen.

Methoden der Projektion

Um die durch Messung 1958 und 1968 festgestellte Entwicklungslinie bis 1978 fortzuführen, wurden zwei Wege beschritten, nämlich eine arithmetische und zwei geometrische Projektionen. Die folgende Projektion I ist arithmetisch, d. h. die absolute Zunahme oder Abnahme der Beschäftigtenzahl eines Industriezweiges von 1958 auf 1968 wird zu dem Beschäftigtenstand dieses Industriezweiges im Jahre 1968 addiert oder von ihm subtrahiert. Die Projektionen II und III sind geometrisch, d. h. sie beruhen auf Multiplikation des Beschäftigtenstandes 1968 jedes Industriezweiges mit den Veränderungsrate, die für den Zeitraum 1958 auf 1968 ermittelt worden sind. Bei der Projektion II wurde nur mit dem halben Wert der Veränderungsrate gerechnet, bei III mit dem vollen. Das Bild veranschaulicht die verwendeten Methoden. Beide Methoden - additive und multiplikative - haben von der Sache her ihre Berechtigung. Sieht man mehr die Person als Zählleinheit, also den einzelnen Schlosser, Schweißer, Buchhalter usw., der neu in den Betrieb kommt oder ihn verläßt, so liegt das additive Verfahren näher; hat man jedoch mehr den wirtschaftlichen Prozeß als Ganzes im Auge,

Zur Veranschaulichung der gewählten Projektionsmethoden

D - 4073



also expansive und kontraktive Vorgänge, so wird dem wohl das multiplikative Verfahren eher gerecht.

Projektion I

Die von 1958 auf 1968 tatsächlich eingetretenen absoluten Veränderungen der Beschäftigtenzahlen der einzelnen Industriezweige werden einfach auf das künftige Jahrzehnt übertragen. Man kann dieses Verfahren, obwohl es im Endergebnis zu höheren Beschäftigtenzahlen für die gesamte Industrie führt, seinem Wesen nach als vorwiegend statisch bezeichnen. Der Beschäftigtenstand der schleswig-holsteinischen Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) würde danach im Jahre 1978 ungefähr 190 000 Personen erreichen, das wären 8% mehr als im Jahre 1968 und damit ein etwas stärkeres Wachstum als im vorhergehenden Zeitraum. Nach dem letzten verfügbaren Beschäftigtenstand Ende August 1969 waren in der schleswig-holsteinischen Industrie bereits rund 186 000 Personen beschäftigt. Daraus ergibt sich mit großer Wahrscheinlichkeit, daß 190 000 Beschäftigte bereits erheblich früher als 1978 erreicht sein dürften. Mit diesem Verfahren ist auch eine, wenn auch zahlenmäßig nicht sehr bedeutende, Besonderheit verknüpft: es werden nämlich die stark beschäftigungskontraktiven Industriezweige (Gruppe 3c) im Jahre 1978, wahrscheinlich schon erheblich früher, nicht mehr vorhanden sein. Da in dieser Gruppe die seit 1950 mit geringfügigen Unterbrechungen kontraktive Ledererzeugung den bestimmenden Einfluß hat, ist dieses Ergebnis nicht ganz unwahrscheinlich. Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Ergebnisse umso unsicherer werden, je kleiner der betrachtete Industrie-

zweig (gemessen an den Beschäftigtenzahlen) ist. Veränderungen können hier reinen Zufallscharakter haben und sich dadurch jeglicher Vorausschätzung entziehen, weil etwa der spontane und autonome Entschluß eines Unternehmers, seine Produktion in Schleswig-Holstein aufzugeben und in einem anderen Bundesland fortzuführen, die Daten für diesen Industriezweig auf den Kopf stellen können. Es ist weiter zu bemerken, daß die stark beschäftigungskontraktiven Industriezweige 1968 überhaupt nicht mehr soviel Beschäftigte aufwiesen, um die von 1958 auf 1968 verlorene Beschäftigtenzahl noch einmal abzugeben. Dadurch fehlt im Saldo aller Bewegungen eine Beschäftigtenabnahme von 2 600, und es errechnet sich bei Berücksichtigung der einzelnen Komponenten insgesamt eine Zunahme um rund 14 300 Personen und nicht, wie sie sich bei summarischer Übertragung der absoluten Veränderung ergeben müßte, von rund 11 700.

Bei diesem Verfahren, das eingangs schon als mehr statisch als dynamisch bezeichnet wurde, werden durch die einfache Übertragung der absoluten Zuwachs- und Schrumpfungsmengen die Zu- und Abnahmeraten verändert, z. B. in den Industriezweigen der Gruppe 2b (mittlere Expansion) von 40% auf gut 28%, in der Gruppe 2c sogar von 100% auf gut 50%. In dieser stark expansiven Gruppe wird also die Wachstumsintensität halbiert. Die umgekehrte Folge tritt in den kontraktiven Gruppen auf. Die relative Abnahme von 1958 auf 1968 um ungefähr 30% vergrößert sich auf rund 38%. In der Projektion I wird also das Wachstum um so mehr abgeschwächt, je stärker es in der Vorperiode war, die Kontraktion um so mehr verstärkt, je stärker sie schon in der Vorperiode war.

Der Anteil des beschäftigungsexpansiven Teiles der schleswig-holsteinischen Industrie (1968 = 62%), würde 1978 schon 76% des voraussichtlichen Beschäftigtenstandes von knapp 190 000 Personen ausmachen. Der Anteil der kontraktiven Branchen würde dagegen von 32% in 1968 auf voraussichtlich 18% abnehmen.

In den gewichtigeren Industriezweigen des Landes würden sich nach diesem Verfahren für 1978 etwa folgende Beschäftigtenzahlen ergeben:

		mehr als 1968	tatsächliche Beschäftigtenzahl August 1969
Feinmechanik und Optik	7 019	16 %	6 827
Chemie	9 145	28 %	7 986
Elektrotechnik	18 517	28 %	17 118
Maschinenbau	31 303	32 %	26 620
Stahl- und Leichtmetallbau	7 568	44 %	5 430
Druckerei und Vervielfältigung	17 028	49 %	11 798
Kunststoffverarbeitung	5 633	87 %	3 664

Die folgenden Industriezweige würden ihren Beschäftigtenstand reduzieren:

		weniger als 1968	tatsächliche Beschäftigtenzahl August 1969
Steine und Erden auf	6 259	11 %	7 199
Schiffbau	auf 12 366	42 %	21 210

Das errechnete Ergebnis dürfte für den Schiffbau erheblich unsicherer als etwa in der Elektrotechnik oder im Maschinenbau sein, da die wirtschaftlichen Chancen der Werften direkter und stärker von den Entwicklungen auf den Weltmärkten abhängen als vom Binnenmarkt, der für andere Branchen entscheidender Einflußfaktor ist. Um eine Orientierungshilfe zu haben, wurden die Beschäftigtenzahlen von August 1969 danebengestellt.

Diese wie auch die folgenden Projektionen wurden bis zur letzten Stelle durchgerechnet, um dem Leser eigene Überlegungen und Rechnungen zu erleichtern. Daß bei den Beschäftigtenzahlen die letzten beiden Stellen keinen Aussagewert und die dritte Stelle nur eingeschränkt aussagefähig ist, dürfte jedem sachkundigen Leser selbstverständlich sein.

Projektion II

Sie geht davon aus, daß die in der vorhergehenden Periode realisierten prozentualen Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in jedem einzelnen Industriezweig in der künftigen 10-Jahresperiode nur noch im halben Ausmaß wirksam sein werden. Es wird also angenommen, daß Wachstum und Schrumpfung in der Beschäftigung der schleswig-holsteinischen Industrie in der kommenden Periode bis 1978 erheblich abgeschwächt verlaufen. Der Ansatz zu dieser Projektion läßt aber

auch eine zweite Interpretation zu: man könnte sich die Veränderungen genauso schnell wie in der Vorperiode vorstellen, dann aber würden die projizierten Beschäftigtenzahlen bereits 1973 erreicht werden, also schon nach 5 Jahren.

Nach Projektion II ergibt sich eine Beschäftigtenzahl von 204 000 Personen für die gesamte Industrie. Das wären etwa 30 000 Beschäftigte oder fast 17% mehr als 1968. Der vorausberechnete Zugang von rund 30 000 Beschäftigten ist der Saldo aus einer Zunahme von 36 000 bis 37 000 Beschäftigten in expansiven Industriezweigen und einer Abnahme von 7 000 bis 8 000 Beschäftigten in kontraktiven Zweigen. Der Anteil der expansiven Zweige würde sich auf über 70% gegenüber 62% von 1968 vergrößern. Die kontraktiven Industriezweige wären dann nur noch mit weniger als einem Viertel an der gesamten Industriebeschäftigung beteiligt; 1968 entfiel noch ungefähr ein Drittel aller Beschäftigten auf diese Gruppe. Auch das abgeschwächte Wachstum, das dieser Projektion zugrunde liegt, hätte zur Folge, daß bis 1978 zwischen 36 000 und 37 000 neue Arbeitsplätze in der Industrie entstehen müßten. Zwischen 7 000 und 8 000 Arbeitsplätze würden dagegen "eingespart" werden. Man kann sich eine Vorstellung über die daraus möglicherweise entstehenden finanziellen Konsequenzen verschaffen: es würde einen Investitionsaufwand von ungefähr 3,5 bis 4 Mrd. DM bedeuten, wenn man für jeden neuen Arbeitsplatz runde 100 000 DM einsetzt. Zum Realitätsgehalt dieser Projektion ist einmal auf die bereits erwähnte Zahl von 186 000 Industriebeschäftigten Ende August 1969 hinzuweisen, zum anderen auf den "Forschungsbericht über die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein von 1950 bis 1980", in dem das Prognos-Institut in Basel auf eine Zahl von rund 207 000 Industriebeschäftigten für 1978 und von rund 197 000 für 1975 kommt¹.

Die voraussichtlichen Beschäftigtenzahlen der gewichtigeren Industriezweige würden 1978 die folgenden Werte erreichen (entscheidet man sich für die 2. Interpretationsmöglichkeit, dann würden die nachstehenden Beschäftigtenzahlen bereits 1973 erreicht werden):

	mehr als 1968	
Feinmechanik und Optik	6 611	9,5 %
Chemie	8 528	19 %
Elektrotechnik	17 288	19,5 %
Maschinenbau	29 262	23 %
Stahl- und Leichtmetallbau	7 310	39 %
Druckerei und Vervielfältigung	16 918	48 %
Kunststoffverarbeitung	13 310	343 %

1) Prognos-Bericht S. 61 und Tabelle 3 im Tabellen-Anhang

Gruppe 2, Beschäftigten-Projektion 1978 für die beschäftigungsexpansiven Industriezweige

Industriezweig	Beschäftigte 1968	Beschäftigtenzunahme 1958 bis 1968		Beschäftigten-Projektion 1978		
		absolut (Wert A)	In % (Wert B)	I (gemäß A)	II (gemäß $\frac{B}{2}$)	III (gemäß B)
a) leichte Beschäftigtenzunahme (5 % bis unter 20 %)						
Obst- und Gemüseverarbeitung	1 152	76	7	1 228	1 192	1 233
Holzverarbeitung	3 939	369	10	4 308	4 136	4 333
Torf	259	27	12	286	275	290
Brauereien, Mälzereien	942	118	14	1 060	1 008	1 074
Melereien und Käsereien, Dauer Milch- und Schmelzkäsewerke	3 495	490	16	3 985	3 775	4 054
Glasindustrie	911	129	16	1 040	984	1 057
Handelswaffen und deren Munition	553	89	19	642	606	658
Feinmechanik und Optik	6 037	982	19	7 019	6 611	7 184
Zusammen	17 288	2 280	15	19 568	18 587	19 883
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	9,9	.	.	10,3	9,1	8,5
b) mittlere Beschäftigtenzunahme (20 % bis unter 50 %)						
Hochofen, Stahl- und Warmwalzwerke
Blechwaren und Feinblechpackungen	5 196	999	24	6 195	5 820	6 443
Chemie (ohne Kohlenwertstoffe)	7 166	1 979	38	9 145	8 528	9 889
Elektrotechnik	14 467	4 050	39	18 517	17 288	20 109
Talgschmelzen und Fleischverarbeitung	4 110	1 225	42	5 335	4 973	5 836
NE-Metallindustrie und -gießerei
Maschinenbau	23 790	7 513	46	31 303	29 262	34 733
Zusammen	58 082	16 468	40	74 550	69 686	81 286
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	33,2	.	.	39,4	34,1	34,8
c) starke Beschäftigtenzunahme (50 und mehr %)						
Papier- und Pappverarbeitung	3 785	1 315	53	5 100	4 788	5 791
Gummi- und Asbestverarbeitung	2 803	1 099	64	3 902	3 700	4 597
Mineralwasser und Limonaden	742	317	75	1 059	1 020	1 299
Stahl- und Leichtmetallbau	5 259	2 309	78	7 568	7 310	9 361
Brotindustrie	3 024	1 393	85	4 417	4 309	5 594
Druckerei und Vervielfältigung	11 431	5 597	96	17 028	16 918	22 405
Musikinstrumente, Spielwaren und Sportgeräte	237	143	152	380	417	597
Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Teile aus EBM	2 650	1 632	160	4 282	4 770	6 890
Kunststoffverarbeitung	3 008	2 625	685	5 633	13 310	23 613
Luftfahrzeugbau	320	320	.	640	480	640
Zusammen	33 250	16 750	101	50 009	57 022	80 787
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	19,0	.	.	26,4	27,9	34,6
Gruppe 2 zusammen	108 629	35 498	49	144 127	145 295	181 956
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	62,0	.	.	76,2	71,1	77,9

Die expansive Gruppe zusammengenommen würde ihren Beschäftigtenstand von 1968 auf 1978 um ein Drittel erhöhen. In der kontraktiven Gruppe wäre mit nebenstehenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen.

weniger als 1968

Gruppe 3 (zusammen)	48 720	13 %
darunter		
Steine und Erden	6 703	5 %
Schiffbau	18 328	15 %
Textilindustrie	5 155	19 %

Aus dem stark kontraktiven Teil der Gruppe 3 würde die Ledererzeugung mit rechnerisch 66 Beschäftigten zwar noch vorhanden sein,

Gruppe 3, Beschäftigten-Projektion 1978 für die beschäftigungskontraktiven Industriezweige

Industriezweig	Beschäftigte 1968	Beschäftigtenabnahme 1958 bis 1968		Beschäftigten-Projektion 1978		
		absolut (Wert A)	in % (Wert B)	I (gemäß A)	II (gemäß $\frac{B}{2}$)	III (gemäß B)
a) leichte Beschäftigtenabnahme (5 % bis unter 20 %)						
Futtermittel	891	68	7	823	860	829
Papier- und Pappeerzeugung	2 335	185	7	2 150	2 253	2 172
Zucker	455	44	9	411	435	414
Mühlenindustrie	1 066	125	10	941	1 013	959
Steine und Erden	7 056	797	10	6 259	6 703	6 350
Margarine	423	56	12	367	398	372
Feinkeramik	2 244	431	16	1 813	2 064	1 885
Lederverarbeitung	158	30	16	128	145	133
Zusammen	14 628	1 736	11	12 892	13 871	13 114
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	8,4	.	.	6,8	6,8	5,6
b) mittlere Beschäftigtenabnahme (20 % bis unter 50 %)						
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien	3 000	809	21	2 191	2 685	2 370
Kaffee- und Teeverarbeitung	977	308	24	669	860	743
Sägewerke und Holzbearbeitung	1 478	561	28	917	1 271	1 064
Schiffbau	21 562	9 196	30	12 366	18 328	15 093
Süßwaren	3 382	1 721	34	1 661	2 807	2 232
Erdöl- und Erdgasgewinnung } Mineralölverarbeitung }
Straßenfahrzeuge	1 090	595	35	495	899	709
Tabakwaren
Textilien	6 364	3 890	38	2 474	5 155	3 946
Eisgewinnung
Schuhe	707	594	46	113	544	382
Nährmittel- und Stärkeindustrie	176	172	49	4	133	90
Zusammen	41 233	19 260	32	21 973	34 733	28 234
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	23,5	.	.	11,6	17,0	12,1
c) starke Beschäftigtenabnahme (50 und mehr %)						
Essig-, Senf- und Gewürzindustrie	72	106	60	0	50	29
Ledererzeugung	126	2 668	95	0	66	6
Weinverarbeitung	-	24	100	0	0	0
Zusammen	198	2 798	93	0	116	35
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	0,1	.	.	.	0,1	0
Gruppe 3 zusammen	56 059	23 794	30	34 865	48 720	41 383
Anteil an allen Industriebeschäftigten in %	32,0	-	-	18,4	23,8	17,7

aber bei einem so kleinen Wert ist die Aussage natürlich reichlich unsicher.

Projektion III

Bei dieser Projektion wird angenommen, daß die für 1958 auf 1968 ermittelten Veränderungsdaten des Beschäftigtenstandes

in den einzelnen Industriezweigen unverändert auch im nächsten Jahrzehnt wirken. Für diese Entwicklung wäre eine langanhaltende, ungehemmte Dynamik Voraussetzung. Da es in der Vergangenheit keine vergleichbare Entwicklungsperiode gibt, bleibt nichts anderes übrig, als sich an der wenig vergleichbaren Aufbauphase von 1950 bis 1957 zu orientieren, in der eine Zunahme der Beschäftigtenzahl

um über 50% realisiert worden ist. Die Entwicklung dieser Periode war zwar durch die besondere Situation der Nachkriegszeit mit ihrem starken Nachholbedarf und ihrer kräftigen Bevölkerungszunahme gekennzeichnet, und sie ist insofern als Vergleichszeitraum nur bedingt zu gebrauchen. Es zeigt sich aber deutlich, daß derartige Beschäftigungsbewegungen nicht völlig utopisch sind.

Nach dieser Projektion würden 1978 rund 234 000 Industriebeschäftigte in Schleswig-Holstein vorhanden sein. Das wären zwischen 58 000 und 59 000 oder etwa ein Drittel mehr als 1968. In der expansiven Gruppe würden zwischen 73 000 und 74 000 neue Arbeitsplätze benötigt werden; auf der anderen Seite würden 14 000 - 15 000 Industriebeschäftigte ihren alten Arbeitsplatz verlieren. Nach den gleichen Annahmen wie in der Projektion II würde das einen Investitionsaufwand von ungefähr 7 Mrd. DM verursachen. Der Anteil der Beschäftigten in den expansiven Industriezweigen würde auf 78% ansteigen, der in den kontraktiven auf knapp 18% zurückgehen.

Wie bereits betont, ist die Aussage umso unsicherer, je weniger Gewicht der einzelne Industriezweig hat. Hier können "individuelle" Ereignisse, wie etwa die Neugründung eines großen Betriebes oder die Verlegung in ein anderes Bundesland, die vorausberechneten Ergebnisse grundlegend verändern. Solche Einzelfälle beeinträchtigen jedoch die Größenordnung des Gesamtergebnisses nur unerheblich.

In den einzelnen expansiven Branchen wäre, wenn die wichtigsten herausgegriffen werden, mit folgenden Beschäftigtenzahlen für 1978 zu rechnen:

		mehr als 1968
Feinmechanik und Optik	7 184	19 %
Chemie	9 889	38 %
Elektrotechnik	20 109	39 %
Stahl- und Leichtmetallbau	9 361	78 %
Druckerei und Vervielfältigung	22 405	96 %
Kunststoffverarbeitung	23 613	685 %

Die expansive Gruppe zusammengenommen würde ihren Beschäftigtenstand um 73 000 auf über 180 000 ausweiten. In der kontraktiven Gruppe würde demgegenüber ein Beschäftigtenrückgang um fast 15 000 oder 26% eintreten, der in den wichtigsten Industriezweigen dieser Gruppe zu folgenden Beschäftigtenzahlen führen würde:

		weniger als 1968
Steine und Erden	6 350	10 %
Schiffbau	15 093	30 %

Der Schiffbau würde nach dieser Rechnung 1978 etwa 6 000 Beschäftigte weniger als 1968 haben. Auf die besondere Situation der Werften und auf die damit verbundene größere Unsicherheit dieser Aussage ist schon hingewiesen worden. Zum Realitätsgehalt muß jedoch bemerkt werden, daß der schleswig-holsteinische Schiffbau von 1958 bis 1968 bereits mehr als 9 000 Beschäftigte freisetzte.

Würde die für diese Projektion unterstellte außerordentlich dynamische Entwicklung der schleswig-holsteinischen Industrie auch nur annähernd realisiert werden, dann müßte die Industriestruktur 1978 die Kunststoffverarbeitung vor der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie als beschäftigungsstärkste Branche sehen. Der Maschinenbau stünde zwar noch an erster Stelle, aber nur, weil gezwungenermaßen die derzeitige systematische Zuordnung diesen Zweig zu wenig differenziert. Schon heute ist abzusehen, daß diese "systematische Zwangsjacke" statistisch sozusagen Äpfel und Birnen addiert, die sich zunehmend mehr von der Wirklichkeit entfernt. Ab 1970 soll aus dem Industriezweig "Maschinenbau" die Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen ausgegliedert und als eigenständiger Industriezweig geführt werden.

Zusammenfassung

Die hier angestellten Überlegungen über künftige Entwicklungsmöglichkeiten der industriellen Beschäftigung sind frei von wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen. Es sind auch keine irgendwie als "Leitlinien" zu interpretierenden Wunschkonzeptionen über anzustrebende Entwicklungen in ihnen enthalten. Sie sollten als quantifizierte Orientierungshilfen verstanden werden. Dabei sind die Annahmen über die künftige Wachstumsintensität das Hauptproblem der Überlegungen. Jede Projektion wurde daher mit einer deutlich unterscheidbaren Wachstumsintensität berechnet; die Ergebnisse unterscheiden sich dementsprechend.

Die Projektion I mit ihrer Zuwachsrate von etwa 8%, das wären pro Jahr 1 400 Industriebeschäftigte mehr, kann fast schon als statisch angesehen werden, besonders dann, wenn man für diesen Zeitraum eine Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwartet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der vorausberechnete Beschäftigtenstand von knapp 190 000 Personen schon vor 1978 erreicht wird, auch wenn man den im konjunkturellen Hochschwung des Spätsommers 1969 bereits vorhandenen Stand von 186 000 Industriebeschäftigten (August) nicht als dauerhaft sieht.

Die Industriestruktur nach der Wachstumsneigung 1968 und 1978

Gruppenmerkmal	Beschäftigte										
	1968		Projektion 1978								
	Anzahl	%	I			II			III		
Anzahl			Anteil in %	Veränd. geg. 1968 in %	Anzahl	Anteil in %	Veränd. geg. 1968 in %	Anzahl	Anteil in %	Veränd. geg. 1968 in %	
1, konstante Zweige	10.420	6	10 400	5	0	10 400	5	0	10 400	4	0
2, expansive Zweige	108 629	62	144 100	76	+ 33	145 300	71	+ 34	182 000	78	+ 68
3, kontraktive Zweige	56 059	32	34 900	18	- 38	48 700	24	- 13	41 400	18	- 26
Industrie insgesamt	175 108	100	189 400	100	+ 8	204 400	100	+ 17	233 800	100	+ 33

Die Projektion II ist demgegenüber dynamisch. Sie ergibt eine Beschäftigtenzunahme von rund 30 000 (17%) auf ungefähr 204 000 Personen. Ein - grob gerechnet - jährlicher Zugang von fast 3 000 Beschäftigten liegt nicht außerhalb aller Möglichkeiten. Ist nämlich ein länger anhaltender hoher Beschäftigtenstand gegeben, was sich u. a. in attraktiven Stellenangeboten äußert, dann dürfte der Umsetzungsprozeß der Arbeitskräfte von weniger produktiven zu produktiveren Bereichen leichter und schneller vonstatten gehen als bei gedrücktem Beschäftigtenstand. In dieser Situation ist auch die Chance vorhanden, erhebliche Teile eines etwaigen Zuwachses an Erwerbstätigen (aus wachsender Bevölkerung oder durch Aktivierung latent vorhandener Arbeitskräfte, z. B. Frauen) für sich zu gewinnen. Darüber hinaus besteht unter den gegebenen Verhältnissen die Möglichkeit, mehr ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Auf diesem Gebiet wäre der schleswig-holsteinische Wirtschaftsraum im Vergleich zu anderen Bundesländern nämlich noch aufnahmefähig. Die Projektion II dürfte aus diesem Grunde einen höheren Realitätsgehalt haben als die Projektion I und auch wahrscheinlicher zutreffen als Projektion III. Deshalb sei für dieses Projektionsergebnis eine kleine Tabelle eingeschoben, die zeigt, wie sich die Industrie wahrscheinlich 1978 zusammensetzen wird, wenn man die herkömmliche Einteilung zugrunde legt, also nach den hergestellten Waren grob gliedert. Wie schon in der "Grafik des Monats" im vorigen Heft gezeigt, verteilen sich die Industriezweige auf diese üblichen vier Hauptgruppen ja ganz anders als bei der hier getroffenen Einteilung in konstante, expansive und kontraktive Zweige.

Die Verbrauchsgüterindustrien lassen als einzige einen Zuwachs (+ 39%) erwarten, der über dem der gesamten Industrie liegt (+ 17%). Diese Zweige werden dadurch ihren Anteil nennenswert vergrößern. Bei den drei anderen Hauptgruppen bleiben die Zunahmen unter der

Die Industriestruktur in herkömmlicher Gliederung 1968 und 1978

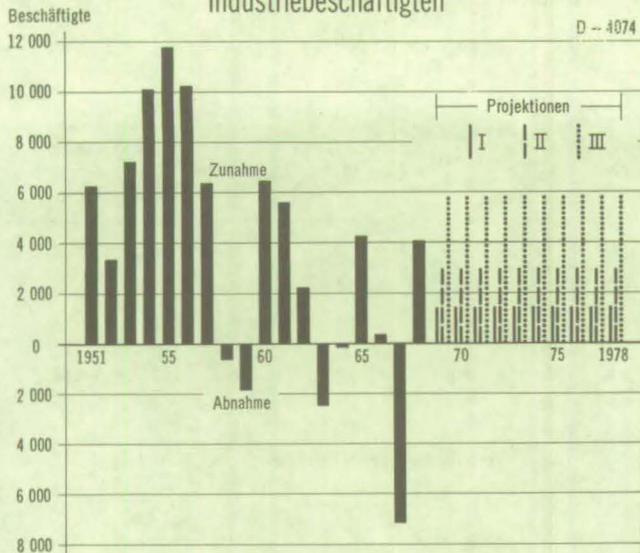
Hauptgruppe	Beschäftigte		
	1968	1978 nach Projektion II	
	Anteil in %	Anteil in %	Zunahme in %
Grundstoffe und Produktionsgüter (einschließlich Bergbau)	16,8	15,2	+ 5,7
Investitionsgüter	46,0	44,5	+ 12,8
Verbrauchsgüter	22,7	27,1	+ 39,3
Nahrungs- und Genußmittel	14,5	13,3	+ 6,9
Insgesamt	100	100	+ 16,7

der gesamten Industrie, so daß die Anteile überall ein wenig sinken. In herkömmlicher Gliederung gesehen wird sich also die Industriestruktur 1978, falls die Projektion II sich als zutreffend erweist, von der des Jahres 1968 durch ein deutliches Hervortreten der Verbrauchsgüterindustrien zu Lasten aller anderen Gruppen auszeichnen. Bei dieser groben Einteilung bleiben allerdings gegenläufige Entwicklungen einzelner Zweige innerhalb der Hauptgruppe unberücksichtigt.

Für die Projektion III ist eine langanhaltende außerordentlich dynamische Wirtschaftsentwicklung angenommen worden. Die Zuwachsrate der Industriebeschäftigten insgesamt ist mit über 33% ungefähr doppelt so groß wie in der Projektion II. Es errechnet sich für 1978 ein Beschäftigtenstand, der in der Größenordnung um 230 000 Personen liegen würde. Das wären zwischen 55 000 und 60 000 Beschäftigte mehr als 1968, pro Jahr gerechnet also nahezu 6 000. Daß der Realitätsgehalt dieser Projektion nicht so groß sein kann wie der der beiden anderen, ist auf den ersten Blick einleuchtend, und mancher Leser wird die Werte schlichtweg für utopisch halten². Er

2) Der höchste jährliche Zugang in der Vergangenheit (1954 auf 1955) belief sich auf 11 800 Industriebeschäftigte!

Die jährliche Veränderung der Zahl der Industriebeschäftigten



sollte aber bedenken, auch wenn wirtschaftliche Strukturen einerseits erstaunlich konstante Momente aufweisen, daß andererseits etwa durch sprunghafte technische Veränderungen die Konstanz verloren geht und große

Wandlungen relativ schnell eintreten, was bedeuten könnte, daß die angenommene Wachstumsgeschwindigkeit doch annähernd erreicht wird. Allerdings dürfte bei der Annahme gravierender sprunghafter Veränderungen die Wahrscheinlichkeit sehr groß sein, daß die Struktur sich völlig anders darstellt als nach den vorausgerechneten Werten. Es könnte sein, daß am Ende einer solchen überaus dynamischen Entwicklung Industriezweige vorhanden sind, an die heute noch niemand denkt, und daß heute vorhandene Industriezweige verschwunden sind. Wer hat vor zehn Jahren an die Verwendung von Erdgas im Haushalt oder an verwendbaren Atomstrom gedacht, von der präzisen Fahrt zum Mond und zurück zur Erde ganz zu schweigen?

Der Horizont ist offen, die Zukunft "hat schon begonnen". In diesem Sinne möchten die Ausführungen als ein Diskussionsbeitrag verstanden werden, der zur kritischen Auseinandersetzung anregen will.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch die Teile 1 und 2 dieses Aufsatzes in Stat. Monatsh. S.-H. 1969, S. 175 (August) und S. 196 (September)

Die Bundestagswahl am 28. September 1969

Wahlberechtigte

Zur Bundestagswahl am 28. 9. 1969 waren in Schleswig-Holstein 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt. Das sind nur 24 000 oder 1,4% mehr als bei der Bundestagswahl 1965. Hinter dieser geringen Erhöhung stehen jedoch größere Verschiebungen, die sich durch Umzug, Tod und Erreichen des 21. Lebensjahres ergeben haben: Beinahe jeder Fünfte war Neuwähler in Schleswig-Holstein. Drei Zehntel der Wohnbevölkerung besaßen nicht das aktive Wahlrecht, weil sie noch nicht 21 Jahre alt waren, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besaßen (z. B. Fremdarbeiter) oder aus anderen Gründen von der Wahl ausgeschlossen waren. Wären, wie es bei der nächsten Kommunal- und Landtagswahl sein wird, die 18- bis 21jährigen wahlberechtigt gewesen, so hätte sich die Zahl der Wahlberechtigten um rund 100 000 erhöht.

Trotz einer hohen Anzahl von Erstwählern (etwa 130 000), bei denen die Männer überwiegen, gibt es weiterhin mehr wahlberechtigte Frauen (54%) als Männer. Beinahe die Hälfte aller Wahlberechtigten ist über 50 Jahre

alt. Eine umfassende Analyse der Altersstruktur der Wahlberechtigten, Nichtwähler und Wähler sowie ihrer Teilnahme an der Wahl wird an gleicher Stelle Anfang nächsten Jahres erscheinen, sobald die entsprechenden Stichprobenermittlungen ausgewertet worden sind.

In den einzelnen Wahlkreisen haben sich größere Verschiebungen ergeben. Erwartungsgemäß stieg die Zahl der Wahlberechtigten im Hamburger Randgebiet beträchtlich. Die größte relative Zunahme weist der Wahlkreis 9 (Pinneberg) mit 8% auf, gefolgt vom Wahlkreis 10 (Stormarn - Hzgt. Lauenburg) mit 7%, der mit über 14 000 den größten absoluten Zuwachs hat, und Wahlkreis 8 (Segeberg-Eutin) mit 4%. Der Wahlkreis 6 (Kiel) hat mit - 3% oder fast 5 000 Wahlberechtigten am meisten abgenommen.

Im Durchschnitt waren in den 11 schleswig-holsteinischen Bundestagswahlkreisen 156 000 Personen wahlberechtigt. Die größte Zahl von Wahlberechtigten weist der Wahlkreis 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit 221 000 auf und die kleinste der Wahlkreis 1 (Flensburg)

mit 113 000. Diese beiden Wahlkreise lagen auch 1965 an der Spitze und am Ende. Sie weichen vom Landesdurchschnitt um + 42% und - 27% ab. Die Abweichungen haben sich seit 1965 vergrößert, da der Wahlkreis 10 zu den Wahlkreisen mit einer kräftigen Zunahme und der Wahlkreis 1 zu denen mit einer Abnahme gehört.

Da das Bundestagswahlssystem eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl ist, kann man Abweichungen der Wahlkreise bis zu einer bestimmten Größe hinnehmen. Bei reiner Mehrheitswahl müßten die Wahlkreise möglichst genau gleich groß sein, damit jeder Kandidat gleich viele Stimmen braucht, um gewählt zu werden. Das Bundeswahlgesetz bestimmt im § 3 (3) Satz 3: "Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise soll nicht mehr als $33 \frac{1}{3}$ v.H. nach oben oder unten betragen." Diese Grenze hat der Wahlkreis 10 (Stormarn - Hzgt. Lauenburg) überschritten. Am 31. 3. 1969 lebten im Bundesgebiet (ohne Berlin-West) 58,507 Mill. Einwohner. Bei 248 Wahlkreisen entfallen im Durchschnitt auf einen Wahlkreis 235 900 Einwohner. In den Kreisen Hzgt. Lauenburg und Stormarn, die den Wahlkreis 10 bilden, lebten 327 300 Einwohner. Das bedeutet, daß der Wahlkreis 10 um 38,7% vom Bundesdurchschnitt abweicht. Nach der Gebietsreform werden jedoch die Bundestagswahlkreise in Schleswig-Holstein vermutlich neu eingeteilt werden.

Wähler

Von den 1,7 Mill. Wahlberechtigten Schleswig-Holsteins haben 1,5 Mill. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht; das sind 86,0%. Bei der

Bundestagswahl 1965 sind es 85,9% gewesen. Damit ist die Wahlbeteiligung zwar leicht angestiegen, sie hat aber bei weitem nicht das Ergebnis von 1961 oder 1957 erreicht, als es 88,0% und 88,7% gewesen waren. Schleswig-Holstein liegt wiederum unter dem Bundesdurchschnitt, der wie 1965 86,8% ausmacht. Niedriger war die Wahlbeteiligung nur noch in Bayern (85,4%) und Baden-Württemberg (85,1%). Wie 1965 war die Wahlbeteiligung im Saarland mit 89,7% am höchsten.

In den Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung bis auf die Wahlkreise 8 (Segeberg-Eutin), 5 (Rendsburg-Neumünster) und 6 (Kiel) gegenüber 1965 gestiegen. Im Wahlkreis 11 (Lübeck) ist sie unverändert. Beim Vergleich mit früheren Bundestagswahlen zeigt sich eine gewisse Konstanz in der Rangfolge der Wahlbeteiligung. Es befinden sich immer wieder die gleichen Wahlkreise in der Spitzengruppe und am Schluß. Die Wahlkreise Pinneberg und Stormarn - Hzgt. Lauenburg nehmen mit 88,2% und 88,0% die Spitze ein und die drei nördlichen Wahlkreise: Husum (82,6%), Flensburg (83,1%) und Schleswig-Eckernförde (84,8%) bilden den Schluß. Von den beiden Großstadt-Wahlkreisen liegt Kiel unter dem Landesdurchschnitt (85,1%) und Lübeck leicht darüber (86,3%).

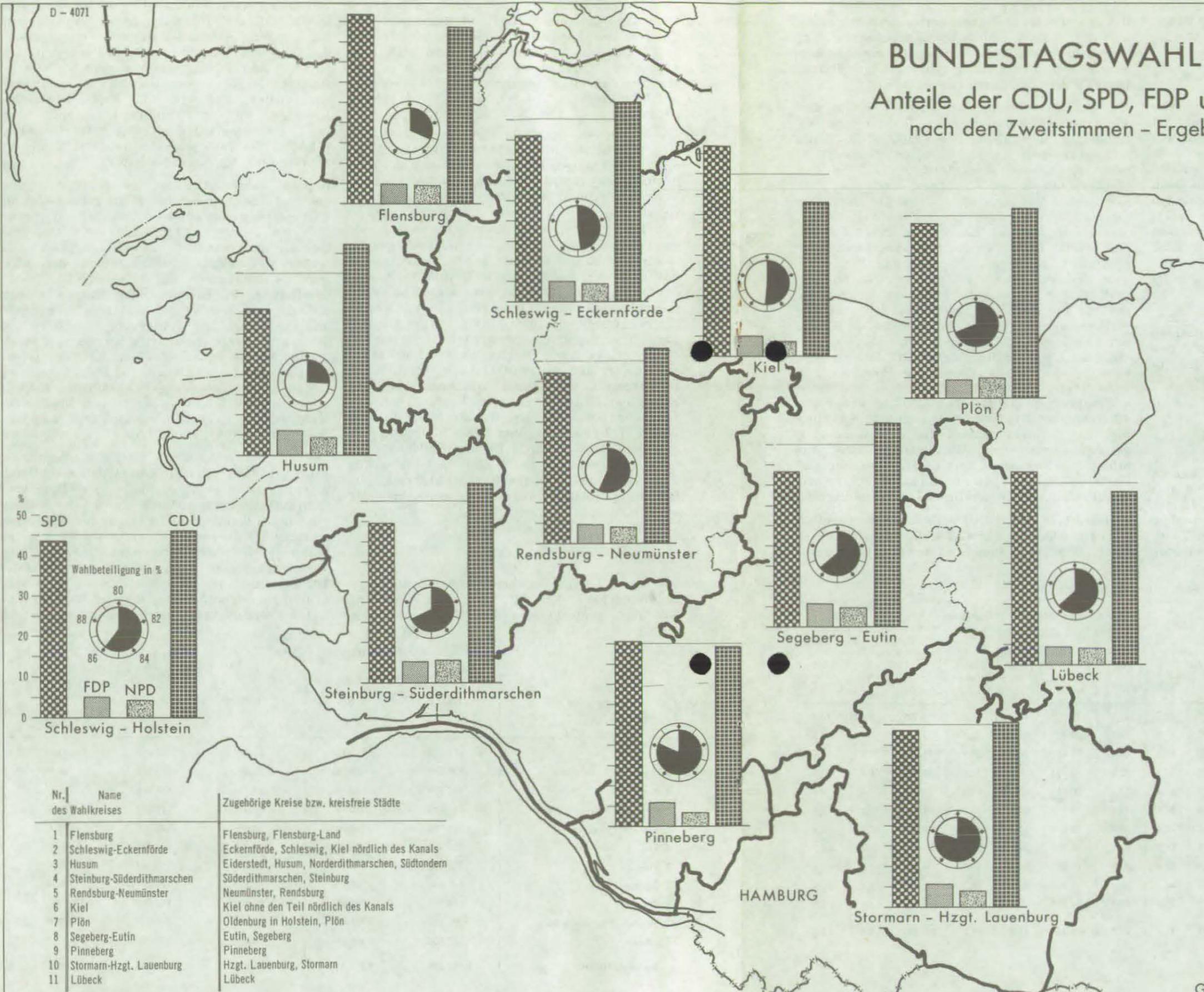
Eine größere Anzahl von Wahlberechtigten macht von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Beinahe 103 000 oder 7% der Wähler gingen am Wahltag nicht selbst zur Wahlurne, sondern wählten vorher und schickten ihren Wahlbrief an ihren Kreiswahlleiter. Bei der vorangegangenen Wahl waren es ebenfalls 103 000 oder 7% gewesen. Mit einem Wahlschein im engeren Sinne, der den Wahlberechtigten Freizügigkeit innerhalb des Wahlkreises

Wahlberechtigte und Wähler

Wahlkreis	Wahlberechtigte		Wähler		
	1965	1969	1965	1969	
	Anzahl		in %	Anzahl	in %
1 Flensburg	114 222	113 128	82,2	93 965	83,1
2 Schleswig - Eckernförde	128 275	128 959	84,4	109 398	84,8
3 Husum	140 338	142 181	82,1	117 498	82,6
4 Steinburg - Süderdithmarschen	139 425	136 989	86,6	118 939	86,8
5 Rendsburg - Neumünster	167 994	166 243	85,9	142 357	85,6
6 Kiel	179 450	174 890	86,3	148 747	85,1
7 Plön	132 265	134 144	86,7	116 584	86,9
8 Segeberg - Eutin	135 466	140 359	86,6	121 279	86,4
9 Pinneberg	164 967	177 946	87,8	157 002	88,2
10 Stormarn - Hzgt. Lauenburg	207 361	221 470	87,6	194 847	88,0
11 Lübeck	177 503	175 202	86,3	151 284	86,3
Schleswig-Holstein	1 687 266	1 711 511	85,9	1 471 900	86,0

BUNDESTAGSWAHL 1969

Anteile der CDU, SPD, FDP und NPD nach den Zweitstimmen - Ergebnissen



Zur Bundestagswahl am 28. 9. 1969 waren in Schleswig-Holstein 1,7 Mill. Personen wahlberechtigt, aber nur 1,5 Mill. oder 86,0% haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. In den nördlichen Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung am niedrigsten und in den südlichen am höchsten. Die Wahlkreise Pinneberg und Stormarn - Hzgt. Lauenburg nehmen mit 88,2% und 88,0% die Spitze ein und die Wahlkreise Husum, Flensburg und Schleswig-Eckernförde bilden mit 82,6%, 83,1% und 84,8% den Schluß.

1,45 Mill. Zweitstimmen wurden abgegeben. Die CDU erhielt 672 000 Stimmen oder 46,2%, die SPD 634 000 Stimmen oder 43,5%, die FDP 76 000 Stimmen oder 5,2%, die NPD 63 000 Stimmen oder 4,3% und die drei übrigen Parteien (ADF, EP und GPD) kamen zusammen auf knapp 11 000 Stimmen oder 0,7%. Von den 21 schleswig-holsteinischen Sitzen entfallen danach jeweils 10 auf die CDU und SPD und einer auf die FDP.

Die CDU erzielte in sieben Wahlkreisen die Mehrheit und die SPD in vier. In zwei Wahlkreisen bekam die CDU die absolute Mehrheit und in einem die SPD. Den größten Anteil konnte die CDU mit 52,3% im Wahlkreis Husum und die SPD im Wahlkreis Kiel mit 52,1% verbuchen. Am geringsten war der Abstand zwischen CDU und SPD im Wahlkreis Pinneberg mit 1,3 Punkten und am größten im Wahlkreis Husum mit 16 Punkten. Der höchste Stimmenanteil für die FDP ergab sich im Wahlkreis Husum mit 6,1%; die NPD war im Wahlkreis Steinburg-Süderdithmarschen mit 5,6% am stärksten.

am Tage der Wahl gewährt, wählten gut 3 000 Personen. Insgesamt haben also 107 000 Wahlberechtigte nicht auf die gewöhnliche Weise, sondern mit einem Wahlschein gewählt.

Nur wenige Wähler geben ungültige Stimmen ab. Ihr Anteil hat sich sowohl bei der Erststimme als auch bei der Zweitstimme beinahe halbiert. Das kann zwei Gründe haben; einmal mag der Wähler mit dem Wahlsystem mittlerweile so vertraut sein, daß er nicht fälschlicherweise zweimal ein Kreuz bei der Erststimme oder Zweitstimme macht und zum anderen kann er sich eindeutiger entschieden haben. Die Erst- oder Zweitstimme zählt nämlich auch dann als ungültig, wenn nur die jeweils andere Stimme angekreuzt ist. Eine genaue Untersuchung wird an Hand der Stimmzettel der repräsentativen Wahlbezirke durchgeführt werden.

Die Anzahl der für ungültig erklärten Erststimmen ist größer als die der ungültigen Zweitstimmen. Rund 27 000 oder 1,8% der Erststimmen und 17 000 oder 1,2% der Zweitstimmen waren ungültig. Die Daten für 1965 lauten: 41 000 (2,8%) und 32 000 (2,2%).

Wahl der Wahlkreiskandidaten

Bei Bundestagswahlen hat jeder Wähler bekanntlich zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wird der Wahlkreiskandidat und mit der Zweitstimme die Liste einer Partei gewählt. Mit der Zweitstimme werden aber letztlich auch Kandidaten und nicht eine Liste gewählt. Trotz der Selbständigkeit bei der

Stimmenabgabe besteht ein Zusammenhang, da die Stimme in der Regel alternativ zur Auswirkung kommt. Das Schwergewicht liegt jedoch bei der Zweitstimme, da sie darüber entscheidet, wie viele Abgeordnete eine Partei insgesamt in den Bundestag entsendet.

Um ein Wahlkreismanat hatten sich in den 11 schleswig-holsteinischen Wahlkreisen 67 Kandidaten beworben. Die CDU, SPD, FDP, ADF und NPD hatten in allen Wahlkreisen einen Kandidaten aufgestellt, die EP in den Wahlkreisen 3 und 4 keinen, und die FSU nur in den Wahlkreisen 1, 9 und 10 einen. Die meisten Direktbewerber, nämlich 55, standen gleichzeitig auf der Landesliste ihrer Partei. Die GPD hatte keine Wahlkreiskandidaten nominiert, sondern nur eine Landesliste aufgestellt. Von den 11 Direktkandidaten der CDU hatten 10 bereits 1965 ein Wahlkreismanat errungen und waren in den gleichen Wahlkreisen aufgestellt. Im Wahlkreis 6 (Kiel), der 1965 der SPD zugefallen war, wurde eine neue Kandidatin aufgestellt. Der einzige erfolgreiche SPD-Wahlkreisbewerber von 1965 kandidierte auch 1969. Außerdem waren in 4 Wahlkreisen die gleichen SPD-Bewerber wie 1965 aufgestellt, von denen zwei 1965 über die Liste ihrer Partei in den Bundestag gelangt waren. In 6 Wahlkreisen hatte die SPD neue Bewerber nominiert. Alle übrigen Parteien waren bisher nicht durch einen Wahlkreisabgeordneten im Bundestag vertreten.

Von den 1,44 Mill. gültigen Erststimmen erhielt die CDU 683 000 oder 47,3%. Sie errang damit zwar, wie 1965, den höchsten Erststimmen-

Wahl der Wahlkreis-Abgeordneten

Wahlkreis	Gültige Erststimmen insgesamt 1969	davon entfielen auf Kandidaten der								
		CDU		SPD		übrigen Parteien ¹				
		1969	1965	1969	1965	1969	1965			
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %			
1 Flensburg	91 687	40 883	44,6	49,0	42 775	46,7	39,8	8 029	8,8	11,1
2 Schleswig-Eckernförde	108 101	56 917	52,7	54,3	43 369	40,1	36,4	7 815	7,2	9,3
3 Husum	115 615	61 470	53,2	57,0	42 612	36,9	30,9	11 533	10,0	12,0
4 Steinburg-Süderdithmarschen	116 299	59 088	50,8	52,2	45 458	39,1	35,5	11 753	10,1	12,3
5 Rendsburg-Neumünster	139 961	69 093	49,4	53,1	60 058	42,9	37,9	10 810	7,7	9,0
6 Kiel	146 032	55 222	37,8	43,4	79 748	54,6	49,0	11 062	7,6	7,5
7 Plön	114 411	53 358	46,6	50,4	52 038	45,5	40,2	9 015	7,9	9,4
8 Segeberg-Eutin	119 400	61 231	51,3	53,6	46 940	39,3	34,7	11 229	9,4	11,7
9 Pinneberg	153 708	70 389	45,8	50,0	71 092	46,3	40,8	12 227	8,0	9,3
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	191 133	90 656	47,4	50,8	84 413	44,2	38,3	16 064	8,4	10,9
11 Lübeck	148 408	64 439	43,4	47,7	74 105	49,9	43,3	9 864	6,6	8,9
Schleswig-Holstein	1 444 755	682 746	47,3	50,8	642 608	44,5	39,2	119 401	8,3	10,0

1) 1969 = FDP, ADF, EP, NPD, FSU
1965 = FDP, AUD, DFU, NPD, FSU

anteil, er ging jedoch um 32 000 Stimmen oder 3,5 Punkte zurück. Die CDU stellt im neuen Bundestag nur noch 7 Wahlkreisabgeordnete gegenüber bisher 10. Die SPD erhöhte ihren Erststimmenanteil um 91 000 oder 5,3 Punkte auf fast 643 000 Stimmen oder 44,5%. Sie errang 4 Direktmandate gegenüber nur einem bei der vorangegangenen Bundestagswahl. Für die übrigen Parteien war das Rennen aussichtslos: Die CDU erhielt im ungünstigsten Wahlkreis immer noch 37,8% und die SPD 36,9% der Erststimmen, die FDP und NPD dagegen im günstigsten Wahlkreis nur 5,6% und 4,6%; die drei übrigen Parteien blieben in allen Wahlkreisen unter 1%.

Die CDU mußte in allen Wahlkreisen prozentuale Stimmeneinbußen hinnehmen und bis auf zwei Wahlkreise auch absolute. Der höchste prozentuale Verlust trat im Wahlkreis 6 (Kiel) mit - 5,6 Punkten auf. Die SPD konnte demgegenüber in allen Wahlkreisen einen absoluten und prozentualen Stimmenzuwachs verzeichnen. Den kräftigsten Gewinn buchte ihr Kandidat im Wahlkreis 1 (Flensburg) mit 6,9 Punkten. Die FDP hat in einzelnen Wahlkreisen bis zur Hälfte ihrer Stimmenanteile verloren. Die NPD konnte zwar durchweg ihre Anteile gegenüber der letzten Bundestagswahl erhöhen, mußte aber gegenüber der Landtagswahl 1967, die für diese Partei eher vergleichbar ist, empfindliche Verluste einstecken.

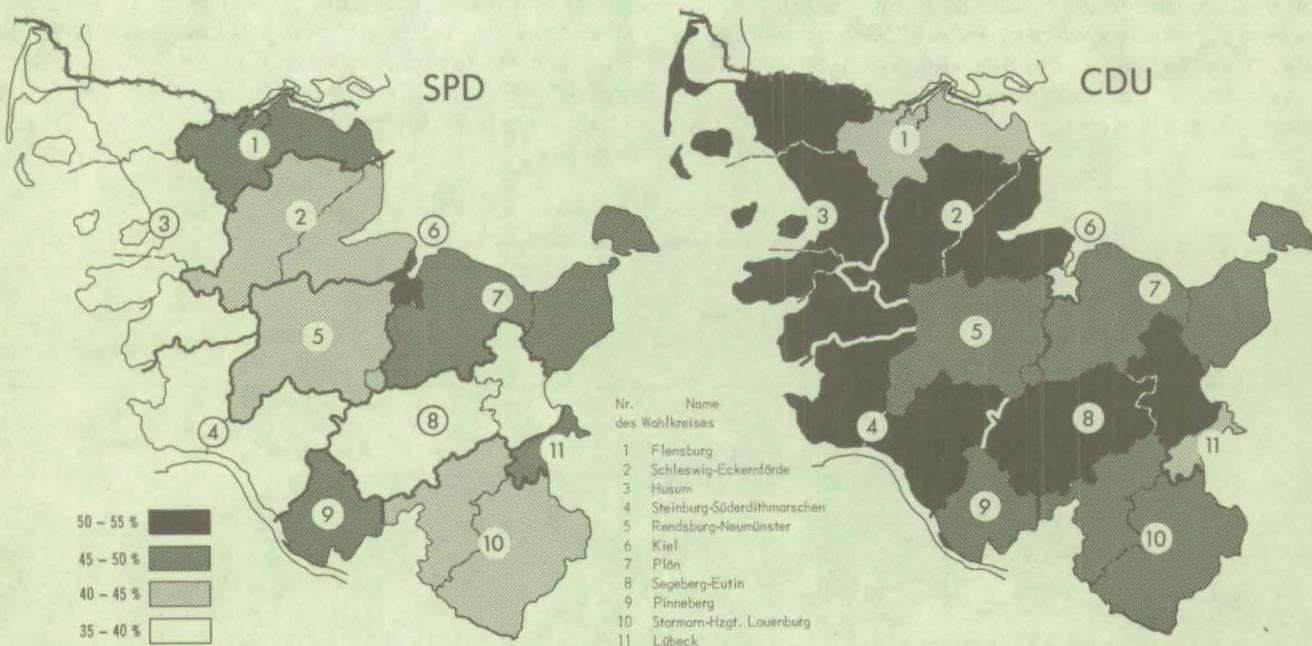
Die erfolgreichen Wahlkreiskandidaten errangen ihre Mandate mit Stimmenanteilen von 46,3% bis 54,6%. Diese beiden Extremwerte gelten für die SPD-Kandidaten der Wahlkreise

Pinneberg und Kiel. In vier Wahlkreisen gegenüber acht im Jahre 1965 bekamen die CDU-Bewerber die absolute Mehrheit. Der SPD-Kandidat des Wahlkreises 6, der 1965 knapp unter der 50%-Grenze lag, erzielte dieses Mal als einziger SPD-Kandidat die absolute Mehrheit und damit von allen Direktbewerbern im ganzen Land den höchsten Anteil. Der Abstand zwischen dem Wahlkreis-Sieger und dem Zweiten ist im Wahlkreis Kiel mit 16,8 Punkten am größten, im Wahlkreis Pinneberg mit 0,5 Punkten am geringsten. Einen Wechsel gab es in den Wahlkreisen Flensburg, Pinneberg und Lübeck. Hier nahm die SPD der CDU die Direktmandate ab. Die größten Änderungen fanden in den Wahlkreisen 1 und 6 statt. Dort veränderten sich die Abstände zwischen den Stimmenanteilen von CDU und SPD um über 11 Punkte: In Flensburg gewann der SPD-Kandidat 6,9 Punkte und der CDU-Kandidat verlor 4,4 Punkte; in Kiel gewann der SPD-Kandidat 5,6 Punkte und die CDU-Kandidatin verlor 5,6 Punkte.

Die Wahlkreiskandidaten von CDU und SPD haben meistens mehr Erststimmen erhalten als die Landesliste ihrer Partei im gleichen Wahlkreis. Bei der CDU ergibt sich nur in den Wahlkreisen Kiel und Plön ein Plus für die Liste und bei der SPD nur in den Wahlkreisen Flensburg, Schleswig-Eckernförde und Steinburg-Süderdithmarschen. Das kann einmal darauf zurückzuführen sein, daß die Wahlkreisbewerber mehr nach ihrer Person als nach ihrer Parteizugehörigkeit gewählt worden sind und zum anderen darauf, daß der Wähler nur

Bundestagswahl 1969 - Anteile nach den Erststimmen

D - 4072



solchen Kandidaten seine Stimme gegeben hat, die Aussicht auf Erfolg hatten.

Im Durchschnitt sind die neuen direkt gewählten Abgeordneten 51 Jahre alt; der jüngste ist 29 und der älteste 68 Jahre. Beide gehören der SPD an. Wie bei der vorangegangenen Bundestagswahl befinden sich keine Frauen unter ihnen. Dem angegebenen Beruf nach überwiegen die Bauern: Vier Abgeordnete bezeichnen sich als Bauer oder Landwirt; zur Beamtengruppe im weitesten Sinne zählen drei Abgeordnete: ein Bundestagspräsident, ein Bundesminister, ein Oberbürgermeister a. D.; ferner bewarben sich ein Geschäftsführer, ein Rechtsanwalt und Notar, ein Journalist und ein graduiertes Sozialwirt erfolgreich um die Gunst der Wähler.

Wahl der Landesliste

Wie schon im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, ist die Zweitstimme, die über die Landesliste einer Partei entscheidet, für die Gesamtzahl der Abgeordneten maßgebend. Nach dem Zweitstimmenergebnis wird mit Hilfe des d'Hondt'schen-Höchstziffernverfahrens die Anzahl der Abgeordneten, die eine Partei im Bundestag erhält, berechnet. Wiederum nach dem d'Hondt'schen Verfahren werden dann die Parteisitze auf die einzelnen Landeslisten verteilt. Die Zweitstimmen werden also so behandelt, als wären sie für eine Bundesliste abgegeben worden. Die "Listenverbindung", von der nur die CSU keinen Gebrauch gemacht hat, verhindert die sogenannten unausgenutzten Reststimmen. Die unausgenutzten Reststimmen können bei einer getrennten Aufteilung nach Bundesländern entstehen, wenn beispielsweise für eine Partei in einem Land 60 000 Stimmen abgegeben werden, sie dadurch 1 Sitz erhält und im Bundesdurchschnitt nur 50 000 notwendig gewesen wären. Durch Zusammenfassen der Landeslisten werden die Reste weitgehend verwertet. Von der so errechneten Gesamtzahl der Sitze werden die direkt gewählten

Kandidaten abgezogen und der eventuell verbleibende Rest nach der Reihenfolge der Landesliste verteilt. Eine Partei muß, um bei diesem Verfahren berücksichtigt zu werden, mindestens 5% aller im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder drei Direktmandate erzielt haben. Parteien nationaler Minderheiten, wie der SSW, der - wie auch vor vier Jahren - zur diesjährigen Wahl nicht kandidierte, sind von dieser Sperrklausel ausgenommen. Nur die CDU/CSU, die SPD und die FDP erfüllten diese Forderungen. Die 496 Abgeordneten des Bundestages sollen zur einen Hälfte direkt in den 248 Wahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt werden und zur anderen Hälfte nach den oben angeführten Grundsätzen der Verhältniswahl. Seinem Bevölkerungsanteil entsprechend ist Schleswig-Holstein im 6. Deutschen Bundestag unverändert mit 21 Abgeordneten vertreten. Die Gesamtzahl der schleswig-holsteinischen Abgeordneten kann sich je nach Wahlbeteiligung und Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Parteien erhöhen oder verringern; fest liegt nur die Zahl der 11 Wahlkreis-Abgeordneten.

1,45 Mill. Zweitstimmen wurden am 28.9.1969 in Schleswig-Holstein für die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag abgegeben. Das sind 38 000 Stimmen mehr als für die Wahl zum 5. Deutschen Bundestag. Die CDU erhielt 672 000 Stimmen oder 46,2%, die SPD fast 634 000 Stimmen oder 43,5%, die FDP 76 000 Stimmen oder 5,2%, die NPD 63 000 Stimmen oder 4,3% und die drei übrigen Parteien (ADF, EP und GPD) knapp 11 000 Stimmen oder 0,7%. Da nur die CDU, SPD und FDP die 5%-Grenze - auch im Bundesgebiet - übersprungen haben, und damit nur diese Parteien bei der Sitzverteilung berücksichtigt werden, sind letztlich nur 1,38 Mill. oder 93,8% der abgegebenen Zweitstimmen wirksam geworden. Der Anteil der drei Parteien an den wirksamen Stimmen stellt sich für die CDU auf 48,6%, für die SPD auf 45,9% und für die FDP auf 5,5%. Für die CDU ergaben sich daraus ebenso wie für die

Die Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen

Zahlen in Klammern : direkte Sitze

Wahl zum ... Bundestag	Sitze insgesamt	davon entfielen auf				
		CDU	SPD	FDP	GPD (BHE-DP)	übrige ¹
1.	23 (14)	8 (7)	8 (6)	2 (-)	3 (-)	2 (1)
2.	26 (14)	14 (14)	7 (-)	1 (-)	4 (-)	-
3.	23 (14)	14 (14)	7 (-)	1 (-)	1 (-)	-
4.	24 (14)	13 (13)	8 (1)	3 (-)	-	-
5.	21 (11)	11 (10)	8 (1)	2 (-)	-	-
6.	21 (11)	10 (7)	10 (4)	1 (-)	-	-

¹) Wahl zum 1. Bundestag = SSW 1, parteilos 1 (1)

SPD 10 Sitze und für die FDP ein Sitz. Damit hat die SPD nicht nur ihren Stimmenanteil sondern auch ihre Sitzzahl erhöhen können. Ihre Sitze stiegen um 2 an, von denen jeweils einer der CDU und der FDP verloren ging. Da die CDU 7 Bewerber in den Wahlkreisen durchgebracht hatte, verbleiben ihr 3 Listensitze und der SPD, die in 4 Wahlkreisen erfolgreich war, 6 Listensitze. Die FDP erhielt einen Listensitz. Unter den Abgeordneten befinden sich zwei Frauen, von denen eine der SPD und eine der CDU angehört.

Das Durchschnittsalter der erfolgreichen Listenbewerber ist genau so hoch wie das der Wahlkreisabgeordneten: Es liegt bei 51 Jahren; der älteste Abgeordnete ist 59 und der jüngste 43 alt.

Um die Zweitstimmen hatten sich insgesamt 7 Parteien mit 113 Kandidaten beworben. Es ist also nur jeder 11. Kandidat zum Zuge gekommen. Die CDU und SPD hatten mit 25 und 22 Bewerbern die meisten Kandidaten auf ihrer Landesliste aufgestellt. Es folgten die ADF mit 17, die FDP mit 14, die EP mit 13, die NPD mit 12 und die GPD mit 10 Bewerbern. Die Hälfte der Listenbewerber war gleichzeitig Wahlkreiskandidat. Ein Vergleich der ersten

6 Landeslistenbewerber der Parteien, die auch 1965 vertreten waren, zeigt interessante Veränderungen. Bei der CDU hat sich am wenigsten geändert. Auf den ersten vier Stellen ihrer Landesliste stehen in der gleichen Reihenfolge dieselben Namen wie 1965. Die Plätze 5 und 6 nehmen andere Kandidaten ein, die aber auch 1965 auf der Landesliste - nur an anderer Stelle - gestanden hatten. Anders sieht es bei der SPD aus. Hier tritt nur ein Kandidat wieder auf, der auch 1965 unter den ersten sechs gewesen war. Zwei Kandidaten, darunter der Spitzenkandidat, sind erstmalig aufgestellt. Bei der FDP ist eine beinahe vollständige Umbesetzung vorgenommen worden: der Zweite von 1965 steht an erster Stelle, alle anderen Kandidaten sind neu. Auch bei der NPD tauchen fünf neue Namen auf, während einer seinen fünften Platz von 1965 mit dem dritten getauscht hat.

Die CDU, die in Schleswig-Holstein aus allen bisherigen Bundestagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen ist, konnte auch dieses Mal die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen. Ihr Vorsprung gegenüber der SPD ist jedoch geschrumpft. Der Abstand in Schleswig-Holstein ist knapper als im Bundes-

Wahl der Landesliste

Wahlkreis — Bundestagswahl	Gültige Zweitstimmen Insgesamt	davon entfielen auf											
		CDU		SPD		FDP		NPD		übrige Parteien ¹			
		Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %		
1 Flensburg	1965	91 648		43 090	47,0	36 586	39,9	8 559	9,3	2 312	2,5	1 101	1,2
	1969	92 887		40 673	43,8	43 239	46,6	4 378	4,7	3 971	4,3	626	0,7
2 Schleswig-Eckernförde	1965	105 924		53 707	50,7	38 417	36,3	10 336	9,8	2 695	2,5	769	0,7
	1969	108 084		53 118	49,1	44 183	40,9	5 427	5,0	4 731	4,4	625	0,6
3 Husum	1965	112 587		61 417	54,6	34 722	30,8	12 356	11,0	3 148	2,8	944	0,8
	1969	115 963		60 677	52,3	42 123	36,3	7 071	6,1	5 542	4,8	550	0,5
4 Steinburg-Süderdithmarschen	1965	118 101		58 846	49,8	42 225	35,8	12 809	10,8	3 351	2,8	870	0,7
	1969	117 531		58 177	49,5	46 049	39,2	6 085	5,2	6 558	5,6	662	0,6
5 Rendsburg-Neumünster	1965	140 592		70 542	50,2	52 986	37,7	12 948	9,2	2 755	2,0	1 361	1,0
	1969	140 555		67 963	48,4	58 969	42,0	6 848	4,9	5 957	4,2	818	0,6
6 Kiel	1965	152 815		63 075	41,3	71 759	47,0	12 374	8,1	3 318	2,2	2 289	1,5
	1969	147 446		56 151	38,1	76 846	52,1	7 429	5,0	5 524	3,7	1 496	1,0
7 Plön	1965	112 132		53 944	48,1	44 667	39,8	9 193	8,2	3 377	3,0	951	0,8
	1969	115 209		53 903	46,8	49 794	43,2	5 129	4,5	5 660	4,9	723	0,6
8 Segeberg-Eutin	1965	114 548		58 738	51,3	39 299	34,3	12 441	10,9	2 861	2,5	1 209	1,1
	1969	119 684		60 508	50,6	45 813	38,3	6 713	5,6	5 781	4,8	869	0,7
9 Pinneberg	1965	142 179		67 359	47,4	56 901	40,0	13 243	9,3	2 376	1,7	2 300	1,6
	1969	155 393		68 785	44,3	70 840	45,6	9 167	5,9	5 182	3,3	1 419	0,9
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	1965	177 333		84 755	47,8	67 856	38,3	17 681	10,0	3 908	2,2	3 133	1,8
	1969	192 792		88 003	45,6	84 164	43,7	10 944	5,7	8 119	4,2	1 562	0,8
11 Lübeck	1965	148 883		67 153	45,1	64 483	43,3	10 821	7,3	3 963	2,7	2 463	1,7
	1969	149 296		63 864	42,8	71 517	47,9	6 680	4,5	5 887	3,9	1 348	0,9
Schleswig-Holstein	1965	1 416 742		682 626	48,2	549 901	38,8	132 761	9,4	34 064	2,4	17 390	1,2
	1969	1 454 840		671 822	46,2	633 537	43,5	75 871	5,2	62 912	4,3	10 698	0,7

1) 1965 = AUD, DFU
1969 = ADF, EP, GPD

durchschnitt. Die CDU mußte sowohl der Anzahl als auch dem prozentualen Anteil nach einen Rückgang hinnehmen. Sie erhielt 11 000 Zweitstimmen weniger als 1965 und ihr Anteil ging um 2 Punkte von 48,2% auf 46,2% zurück. Trotz absoluter Zunahmen in drei Wahlkreisen verringerte sich wegen der höheren Zahl von Wahlberechtigten und der höheren Wahlbeteiligung ihr Anteil in allen Wahlkreisen prozentual. Sie liegt nur noch in sieben Wahlkreisen gegenüber zehn bei der letzten Bundestagswahl vorn. Während sie 1965 in vier Wahlkreisen die absolute Mehrheit bekam, sind es dieses Mal nur zwei Wahlkreise.

Die größte absolute Abnahme errechnet sich für den Wahlkreis 6 (Kiel) mit fast 7 000 Stimmen. Dort ist auch gleichzeitig zusammen mit dem Wahlkreis 1 (Flensburg) der höchste relative Rückgang zu verzeichnen: Die CDU-Anteile gingen um jeweils 3,2 Punkte zurück. Unter 1 Punkt lag die Abnahme nur in den Wahlkreisen 4 und 8. Außerdem bewegte sie sich noch in den Wahlkreisen 2, 5 und 7 unter dem Landesdurchschnitt von - 2 Punkten.

Die SPD, die einen kräftigen Sprung nach vorn tat und erstmals die 40%-Grenze überschritt, mußte trotzdem abermals der CDU den ersten Platz überlassen. Der Abstand zur CDU ist jedoch von 9,4 auf 2,7 Punkte geschrumpft. Die SPD erhöhte ihre Zweitstimmen um fast 84 000 (4,7 Punkte). Woher diese Mehrstimmen gekommen sind, läßt sich nicht sagen, da sich die Anzahl der abgegebenen Zweitstimmen ebenfalls erhöht hat, und zudem in dieser Zahl größere Verschiebungen durch Erreichen des Wahlalters, Tod und Umzug enthalten sind. Rein rechnerisch ist jedoch der Zuwachs der SPD-Stimmen größer als der Rückgang der FDP-Stimmen. Die SPD erzielte in allen Wahlkreisen absolute und prozentuale Stimmengewinne. Sie eroberte vier Wahlkreise, davon einen mit absoluter Mehrheit. Bei der letzten Bundestagswahl war es nur insgesamt ein Wahlkreis gewesen. Die größten Stimmengewinne konnte die SPD in den Wahlkreisen 10 und 9 mit 16 000 und 14 000 Stimmen verzeichnen. Von der prozentualen Veränderung her gesehen liegen diese Wahlkreise jedoch an vierter und zweiter Stelle. Hier führt der Wahlkreis 1 (Flensburg) mit 6,7 Punkten vor Wahlkreis 9 (Pinneberg) mit 5,6 Punkten, Wahlkreis 3 (Husum) mit 5,5 Punkten und Wahlkreis 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit 5,4 Punkten. Am relativ geringsten ist die Zunahme im Wahlkreis 7 (Plön) und Wahlkreis 4 (Steinburg-Süderdithmarschen) mit jeweils 3,4 Punkten. Auffallend ist, daß anders als bei den bisherigen Bundestagswahlen zwischen der Erst- und Zweitstimme für die SPD in den

einzelnen Wahlkreisen ein größerer Unterschied besteht. Bisher war bei der SPD im Gegensatz zu CDU und FDP eine verhältnismäßig große Übereinstimmung von Erst- und Zweitstimme feststellbar. Welche Stimmkombinationen dahinter stecken, wird die Auswertung der Repräsentation zeigen können.

Die FDP erlitt starke Einbußen, die sie bis knapp an die 5%-Grenze führten. Ihr Anteil sackte von 13,8% im Jahre 1961 über 9,4% bei der 65er-Wahl auf 5,2% ab. Sie büßte 57 000 oder vier Zehntel ihrer Stimmen ein. Sie nahm in allen Wahlkreisen ziemlich gleichmäßig ab. Der höchste Stimmenanteil ergab sich in den Wahlkreisen 3, 9 und 10 mit 6,1%, 5,9% und 5,7%. Unter 5% lag sie in den Wahlkreisen 1, 5, 7 und 11.

Die NPD wurde zwar, wie bei der letzten Bundes- und Landtagswahl, viertstärkste Partei, blieb jedoch deutlich unter 5%. Sie verbesserte sich gegenüber 1965, als sie erstmals bei der Bundestagswahl auftrat, um 29 000 Stimmen oder 1,9 Punkte auf 4,3%, was genau dem Bundesdurchschnitt entspricht. Von der Anzahl her gesehen erhielt sie die meisten Stimmen im Wahlkreis 10 (8 100) und 4 (6 500) und prozentual übersprang sie nur im Wahlkreis 4 die 5%-Grenze. Am schlechtesten schnitt sie im Wahlkreis 9 mit 3,3% ab.

Die drei übrigen Parteien sind bedeutungslos. Die ADF kam auf 6 300 Stimmen oder 0,4% und war im Wahlkreis Kiel mit 1 100 Stimmen oder 0,7% noch am erfolgreichsten. Die EP erhielt 3 000 Stimmen oder 0,2% und die GPD, die 1961 noch auf 52 800 Stimmen oder 3,9% gekommen war, 1 200 oder 0,1%.

Bundesergebnisse

Von den 59 Mill. Einwohnern der Bundesrepublik (ohne Berlin-West) waren am 28.9.1969 rund 38,7 Mill. wahlberechtigt. Das entspricht einem Anteil von knapp sieben Zehnteln. Ihnen stellten sich 13 Parteien und 14 Wählergruppen, die nicht in allen Bundesländern oder Wahlkreisen vertreten waren, zur Wahl. In den 248 Wahlkreisen sind insgesamt 1 406 Bewerber zugelassen worden, so daß im Durchschnitt in einem Wahlkreis sechs Bewerber aufgestellt worden sind. Auf den Landeslisten der Parteien waren 2 243 Kandidaten aufgeführt, die in der Regel gleichzeitig Wahlkreisbewerber sind. Die Zahl der Landeslistenbewerber pro Liste war je nach Größe des Landes unterschiedlich. Im Bundesdurchschnitt waren es 30.

Es gingen 33,5 Mill. oder 86,7% (1965: 86,8%) der Wahlberechtigten zur Wahl. Die Wähler entschieden, daß wiederum drei Parteien im Bundestag vertreten sind: Die CDU/CSU, die

Sitze der Parteien bei den Bundestagswahlen 1969 nach Ländern

Land	Sitze insgesamt	davon entfielen auf		
		CDU/CSU	SPD	FDP
Schleswig-Holstein	21	10	10	1
Hamburg	17	6	10	1
Niedersachsen	63	30	29	4
Bremen	5	2	3	-
Nordrhein-Westfalen	151	69	73	9
Hessen	46	19	24	3
Rheinland-Pfalz	31	16	13	2
Baden-Württemberg	70	37	27	6
Bayern	84	49	31	4
Saarland	8	4	4	-
Bundesgebiet	496	242	224	30
dazu Berlin (West)	22	8	13	1

46,1% der Zweitstimmen erhielt, die SPD (42,7%) und die FDP (5,8%). Alle anderen Parteien scheiterten an der Sperrklausel. Der Anteil der CDU/CSU ging um 1,5 Punkte und der der FDP um 3,7 Punkte zurück, während die SPD 3,4 Punkte gewann. Die CDU/CSU ist mit 242 statt 245 Abgeordneten im Bundestag vertreten, die SPD mit 224 statt 202 und die FDP mit 30 statt 49. Die CDU/CSU verlor in den Ländern Nordrhein-Westfalen (5),

Schleswig-Holstein (1) und Hamburg (1) Sitze und gewann welche in Baden-Württemberg (2), Niedersachsen (1) und Hessen (1); in Bremen, Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland hielt sie ihren Sitzanteil. Die SPD gewann in Nordrhein-Westfalen (7), Baden-Württemberg (4), Niedersachsen (3), Hessen (3), Schleswig-Holstein (2), Hamburg (1), Bayern (1) und Rheinland-Pfalz (1) Sitze und wahrte ihren Stand in Bremen und dem Saarland. Die FDP verlor bis auf Hamburg, wo sie ihren Sitz behielt, und dem Saarland, wo sie auch 1965 keinen Sitz erhalten hatte, in allen Ländern Sitze. Der größte Verlust trat in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit jeweils vier Sitzen auf.

Die CDU/CSU und die SPD stellen in jeweils drei Ländern die absolute Mehrheit der Sitze und in jeweils einem weiteren Land die Mehrheit. In zwei Ländern ist ihre Sitzzahl gleich.

Weitere schleswig-holsteinische Ergebnisse, wie Umrechnungen auf Landtagswahlkreise, politische Kreise und Gemeindegroßenklassen, werden im nächsten Monatsheft veröffentlicht.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Bundestagswahl 1965 in Schleswig-Holstein (Teil 1)" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 244 (November)

Die Einkünfte der Unternehmer in wirtschaftlicher Gliederung Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1965

Von den Unternehmereinkünften der unbeschränkt Steuerpflichtigen wird durch die Einkommensteuerstatistik nur ein Teil erfaßt, und zwar die Gewinne der Einzelunternehmer und die Gewinnanteile der Gesellschafter von Personengesellschaften und anderen Gesellschaften, sofern die Gesellschafter als Mit-eigentümer anzusehen sind und ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben. In der folgenden Untersuchung nicht enthalten sind dagegen die Einkünfte der Körperschaften, insbesondere der Kapitalgesellschaften. Über sie wurde bereits in der Veröffentlichung zur Körperschaftsteuerstatistik¹ berichtet.

Im Jahre 1965 wurden durch die Einkommensteuerstatistik insgesamt 72 654 unbeschränkt Steuerpflichtige mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb erfaßt. Ihre Einkünfte aus dieser Einkunftsart beliefen sich auf 1 691,2 Mill. DM. Die Zahl der Fälle hat sich damit gegenüber dem Jahre 1961 um über 3 100 (das sind 4,5%) erhöht; im gleichen

Zeitraum nahmen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb um 388 Mill. DM oder 30% zu. Für die Entwicklung der Unternehmereinkünfte in den Erhebungsjahren seit 1950 ergibt sich folgendes Bild:

Die Unternehmereinkünfte 1950 bis 1965

	Steuerpflichtige	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	
		in Mill. DM	je Fall in DM
1950	66 922	400,9	5 990
1954	74 255	512,5	6 902
1957	69 471	808,3	11 635
1961	69 501	1 302,9	18 746
1965	72 654	1 691,2	23 277
darunter mit Einkünften überwiegend* aus Gewerbebetrieb			
1950	.	.	.
1954	66 775	500,1	7 489
1957	.	.	.
1961	61 287	1 270,7	20 733
1965	61 250	1 648,5	26 914

1) "Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 210 (September)

*) d. h. die Einkünfte aus Gewerbebetrieb waren höher als die Einkünfte aus jeder anderen der sechs übrigen Einkunftsarten

Danach hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen erstmals seit 1954 wieder spürbar erhöht; wie ein Vergleich des unteren mit dem oberen Teil der Tabelle zeigt, ist dies aber ausschließlich auf eine Zunahme solcher Steuerpflichtigen zurückzuführen, deren Einkünfte aus Gewerbebetrieb geringer waren als die aus anderen Einkunftsarten. Auf welchen Wirtschaftszweig diese Entwicklung zurückgeht, läßt sich aus der Einkommensteuerstatistik nicht nachweisen, da die Ergebnisse in wirtschaftlicher Gliederung nur für diejenigen Steuerpflichtigen aufbereitet worden sind, die ihre Einkünfte ausschließlich oder überwiegend aus Gewerbebetrieb beziehen. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Zunahme der Fälle zu einem erheblichen Teil im Dienstleistungsgewerbe und im Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung eingetreten ist. In beiden Wirtschaftsbereichen herrscht der Kleinbetrieb vor; außerdem hat sich die Zahl der steuerlich erfaßten Unternehmer hier im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen nach 1961 beträchtlich erhöht.

Unter den 72 654 unbeschränkt Steuerpflichtigen mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb waren 61 250, für die diese Einkunftsart die ausschließliche oder überwiegende war. Sie vereinigten Einkünfte aus Gewerbebetrieb in Höhe von 1 648,5 Mill. DM auf sich. Nur auf diese Unternehmer beziehen sich die folgenden

Ausführungen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich die Abnahme von zur Einkommensteuer veranlagten Unternehmern mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb insgesamt gesehen nach 1961 nicht fortgesetzt hat. Bei ständig zunehmendem wirtschaftlichen Wachstum ergibt sich übrigens im Durchschnitt eine Tendenz zu immer größeren Unternehmen mit entsprechend höheren Einkünften. So beliefen sich je Unternehmer die überwiegenden Einkünfte aus Gewerbebetrieb im Jahre 1961 noch auf 20 733 DM, im Jahre 1965 dagegen bereits auf 26 914 DM. Im Jahre 1954 waren es nur 7 489 DM gewesen.

Die Entwicklung ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht einheitlich verlaufen. Veränderte Marktverhältnisse und die sich ständig verfeinernde Produktionstechnik beeinflussen die Struktur der Unternehmen und ihre Einkünfte. Grundsätzlich kann man sagen, daß die Höhe der Einkünfte aus Gewerbebetrieb je Steuerpflichtigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen von der Größe der Unternehmen abhängig ist, insbesondere von der Zahl der Beschäftigten. Aber auch der zur Produktion einer Ware oder einer Dienstleistung erforderliche Kapitaleinsatz, der sich durch die zunehmende Automatisierung ständig vergrößert hat, schlägt sich in der Höhe der Unternehmereinkünfte nieder. Ferner wirkt

Die Einkünfte der Unternehmer in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1965

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige				Überwiegende Einkünfte aus Gewerbebetrieb						
	Anzahl	%	dagegen 1961		1 000 DM	%	dagegen 1961		je Steuerpflichtigen		
			Anzahl	%			1 000 DM	%	in DM	dagegen 1961 in DM	Veränderung gegen 1961 in %
Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ¹	1 290	2,1	1 448	2,4	20 501	1,2	16 590	1,3	15 892	11 457	+ 38,7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	5	0,0	8	0,0	177	0,0	93	0,0	35 400	11 625	+ 204,5
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	12 983	21,2	13 937	22,7	473 324	28,7	369 540	29,1	36 457	26 515	+ 37,5
darunter Industrie	1 485	2,4	1 752	2,9	206 401	12,5	156 761	12,3	138 991	89 475	+ 55,3
Handwerk	9 449	15,4	9 510	15,5	206 336	12,5	149 039	11,7	21 837	15 672	+ 39,3
Baugewerbe	6 577	10,7	6 181	10,1	221 500	13,4	160 338	12,6	33 678	25 940	+ 29,8
darunter Industrie	48	0,1	84	0,1	7 077	0,4	8 983	0,7	147 438	106 940	+ 37,9
Handwerk	5 655	9,2	4 704	7,7	185 338	11,2	110 752	8,7	32 774	23 544	+ 39,2
Großhandel	4 086	6,7	4 216	6,9	184 260	11,2	148 103	11,7	45 095	35 129	+ 28,4
Handelsvermittlung	3 799	6,2	3 135	5,1	74 277	4,5	45 949	3,6	19 552	14 657	+ 33,4
Einzelhandel	17 153	28,0	18 216	29,7	370 811	22,5	305 985	24,1	21 618	16 798	+ 28,7
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ²	5 784	9,4	5 187	8,5	96 882	5,9	66 746	5,3	16 750	12 868	+ 30,2
Sonstige Wirtschaftsbereiche	9 573	15,6	8 959	14,6	206 719	12,5	157 327	12,4	21 594	17 561	+ 23,0
Insgesamt	61 250	100	61 287	100	1 648 458	100	1 270 671	100	26 914	20 733	+ 29,8

1) soweit gewerblich betrieben, d. h. ohne oder mit nur geringer eigener Bodennutzung

2) ohne Tages-, Ledigen-, Alters- und ähnliche Heime

sich die anhaltende Zusammenschlußbewegung in verschiedenen Branchen auf die Zahl der Steuerpflichtigen und ihre Einkünfte aus. Die Entwicklung in den einzelnen ausgewählten Wirtschaftsbereichen² von 1961 und 1965 führte zu dem in der vorstehenden Tabelle dargestellten Ergebnis.

Innerhalb der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb von geringer Bedeutung. Nur wenige Betriebe dieses Wirtschaftsbereichs können überhaupt als Gewerbebetriebe angesprochen werden, nämlich nur solche, die keine oder nur geringe Bodennutzung haben oder nur eine geringe Futtergrundlage aus eigener Erzeugung. 1965 wurden insgesamt nur 1 290 Steuerpflichtige erfaßt, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb in Höhe von 20,5 Mill. DM erzielten. Der größte Teil der Veranlagten, nämlich 817, war in der Küstenfischerei tätig und erwirtschaftete dort Einkünfte in Höhe von 11,7 Mill. DM. Die übrigen Steuerpflichtigen betrieben entweder eine Gärtnerei oder betätigten sich in der Tierhaltung oder Tierzucht. Die durchschnittlichen Einkünfte je Unternehmer halten sich in sehr bescheidenem Rahmen, wenn man sie mit anderen Wirtschaftsbereichen vergleicht. Der Gesamtbetrag der Einkünfte ging bei 1 247 Steuerpflichtigen, das sind 97% aller in dieser Wirtschaftsabteilung erfaßten, nicht über 50 000 DM hinaus. Im Durchschnitt beliefen sich die Einkünfte je Gewerbebetrieb auf nur 15 892 DM.

Im verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ist die Zahl der Steuerpflichtigen seit 1961 um fast 1 000 zurückgegangen. Bei diesem Rückgang handelt es sich offensichtlich um einen Schrumpfungsprozess, der sich hauptsächlich auf kleine und unrentable Unternehmen erstreckt. Die 12 983 erfaßten Unternehmer des Jahres 1965 konnten ihre Einkünfte aus Gewerbebetrieb gegenüber dem davorliegenden Erhebungsjahr um weitere 104 Mill. DM auf 473 Mill. DM erhöhen. Ihr Anteil an allen gewerblichen Einkünften ist jedoch geringfügig

2) Bei der Abgrenzung der in der Tabelle dargestellten Wirtschaftsbereiche mußte ein Kompromiß gesucht werden, um einen Vergleich zwischen den Jahren 1961 und 1965 überhaupt zu ermöglichen, da die wirtschaftliche Zuordnung für das Erhebungsjahr 1961 noch nach dem alten systematischen Verzeichnis der Arbeitsstätten (Ausgabe 1950), für das Erhebungsjahr 1965 dagegen nach der neuen Systematik der Wirtschaftszweige für die Umsatzsteuerstatistik (Ausgabe 1962) erfolgt ist. Die wirtschaftliche Gliederung und die Auswahl der Zuordnungsmerkmale sind in beiden Systematiken zum Teil derart unterschiedlich, daß eine bis ins Detail gehende Übereinstimmung nicht zu erreichen ist. Die Auswahl der Wirtschaftsbereiche in der Tabelle ermöglicht nur einen annähernden, aber brauchbaren Vergleich, um die unterschiedliche Entwicklung in den wichtigsten Branchen zu verfolgen. Die wirtschaftliche Gliederung in der Tabelle folgt, soweit möglich, der neuen Systematik von 1962. Die Zahlenangaben für 1961 mußten deshalb teilweise umgerechnet werden und sind daher mit anderen Veröffentlichungen des Jahres 1961 nicht durchweg vergleichbar.

auf 28,7% zurückgegangen. 9 449 Veranlagte, das sind fast drei Viertel aller Erfaßten im verarbeitenden Gewerbe, führten einen Handwerksbetrieb, d. h. sie waren in die Handwerksrolle eingetragen. 1 485 Steuerpflichtige waren dem Wirtschaftsbereich Industrie zuzuordnen. Die Summe der Einkünfte aus Gewerbebetrieb war dennoch in beiden Bereichen gleich groß. Infolge der geringen Zahl der Betriebe ergeben sich je Steuerpflichtigen in der Industrie sehr hohe Einkünfte; sie betragen je Unternehmer im Jahr 1965 fast 139 000 DM. Das sind 55% mehr als im Jahre 1961. Im verarbeitenden Handwerk ist die Entwicklung nicht so günstig verlaufen wie in der Industrie, obwohl auch hier die Zuwachsrate je Steuerpflichtigen (+ 39%) erheblich über dem Durchschnitt lag.

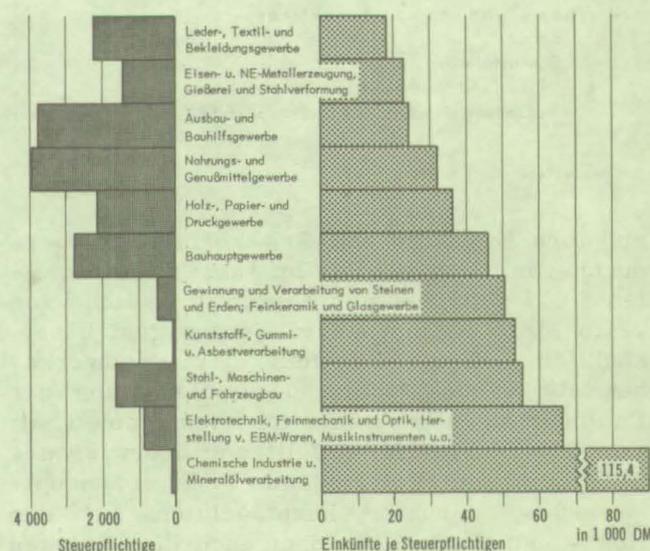
Je nach Produktionstechnik und Stellung zum Markt weisen die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen in den einzelnen Branchen des verarbeitenden Gewerbes erhebliche Unterschiede auf. Die Unternehmer der Spirituosenherstellung erzielten in Schleswig-Holstein auch im Jahre 1965 die bei weitem höchsten Einkünfte. Es folgen die chemische Industrie, die Elektrotechnik und der Schiffbau. Unter den handwerklichen Kleinbetrieben, die am unteren Ende der Skala der Einkünfte rangieren, sind insbesondere die Schuhreparaturwerkstätten und das Bekleidungs-gewerbe hervorzuheben. Die Schuhmacher erzielten im Jahre 1965 im Durchschnitt nur Einkünfte in Höhe von 12 774 DM.

Im Baugewerbe haben sich in der Zeit von 1961 - 1965 die Zahl der Steuerpflichtigen

D - 4075

Die Einkünfte im verarbeitenden Gewerbe (einschl. Baugewerbe) 1965

nur unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb



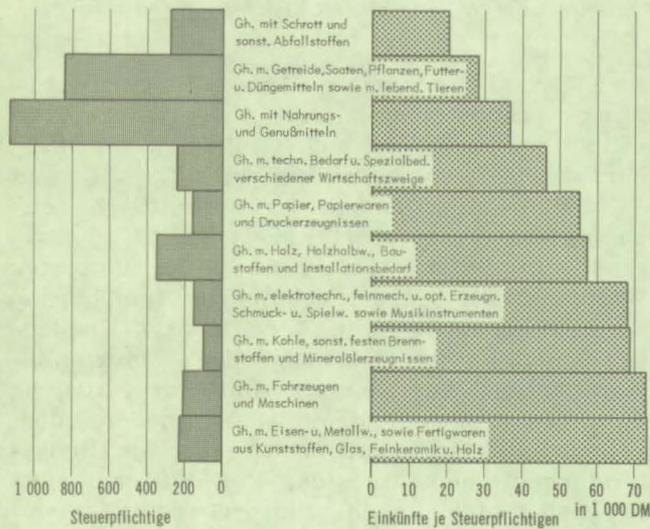
Die Unternehmereinkünfte aus dem produzierenden Gewerbe im Jahre 1965

Wirtschaftliche Gliederung	Steuerpflichtige	Überwiegende Einkünfte aus Gewerbebetrieb	
		1 000 DM	In DM je Steuerpflichtigen
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	5	177	35 400
Chemische Industrie (einschließlich Kohlenwertstoffindustrie) und Mineralölverarbeitung	124	14 306	115 371
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	85	4 553	53 565
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	489	24 924	50 969
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	1 421	32 730	23 033
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 661	92 381	55 618
darunter			
Stahl- und Leichtmetallbau	209	15 672	74 986
Maschinenbau	561	45 918	81 850
Straßenfahrzeugbau	815	23 194	28 459
Schiffbau	72	7 433	103 236
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von EBM-Waren, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren	876	58 290	66 541
darunter			
Elektrotechnik	258	27 114	105 093
Feinmechanik und Optik	210	15 743	74 967
Herstellung von EBM-Waren	213	11 095	52 089
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	2 136	77 911	36 475
darunter			
Holzverarbeitung	1 577	36 054	22 862
Druckerei und Vervielfältigung	368	33 504	91 043
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	2 214	40 485	18 286
darunter			
Herstellung und Reparatur von Schuhen aus Leder und Textilien	696	8 891	12 774
Textilgewerbe	189	7 065	37 381
Bekleidungsgewerbe	880	16 622	18 889
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3 977	127 744	32 121
darunter			
Herstellung von Backwaren	1 864	43 466	23 319
Schlachtereien und Fleischverarbeitung	1 508	42 693	28 311
Alkoholbrennerei, Herstellung von Spirituosen, Weinherstellung und -verarbeitung	98	15 732	160 531
Bauhauptgewerbe	2 784	129 064	46 359
darunter Hoch- und Tiefbau	1 897	105 110	55 409
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3 793	92 436	24 370
darunter			
Bauinstallation	1 362	41 415	30 407
Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	1 957	40 381	20 634
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	459	9 773	21 292
Produzierendes Gewerbe	19 565	695 001	35 523

und ihre Einkünfte aus Gewerbebetrieb überdurchschnittlich erhöht. Im Jahre 1965 erzielten 6 577 Unternehmer Einkünfte in Höhe von 221,5 Mill. DM. Die Veränderung geht hauptsächlich auf die Zunahme der Handwerksbetriebe zurück, während die Bedeutung der Bauindustrie sogar erheblich abgenommen hat. Von den Einkünften entfällt der überwiegende Teil auf die Unternehmen des Bauhauptgewerbes, darunter hauptsächlich auf den Hoch- und Tiefbau, in dem auch die höchsten

durchschnittlichen Einkünfte erzielt wurden. Der Zahl der Veranlagten nach überwiegt das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe; hier zählen Bauinstallation (Klempnerei, Gas- und Wasser-, Elektroinstallation) sowie Glaserei und Malerei zu den wichtigsten gewerblichen Tätigkeiten. Je Unternehmen betragen im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe die Einkünfte etwas mehr als die Hälfte derjenigen, die durchschnittlich im Bauhauptgewerbe erzielt wurden.

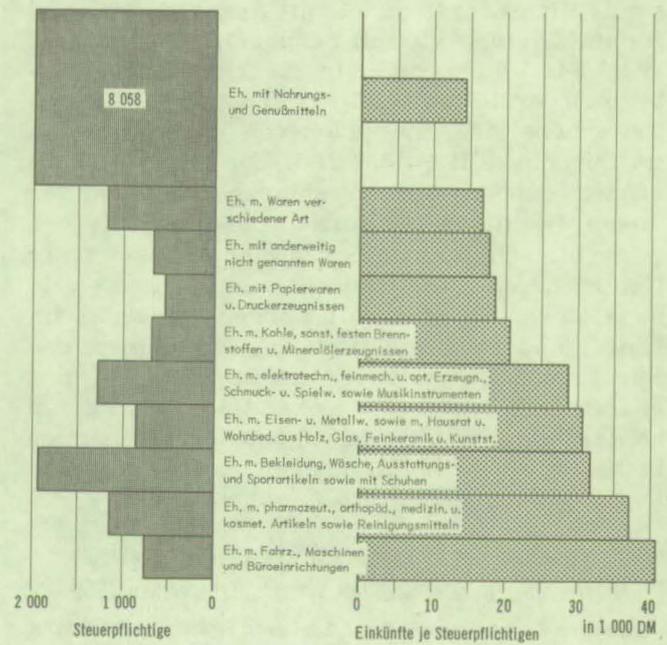
nur unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb



Dem Großhandel wurden 1965 nur noch 4 086 Steuerpflichtige zugeordnet, das sind 130 weniger als 1961. Die Einkünfte erhöhten sich zwar in demselben Zeitraum von 148 Mill. auf 184 Mill. DM (+ 24%), die Erhöhung liegt aber erheblich unter dem Durchschnitt von 30% für alle Einkünfte gewerblicher Art. Mit Ausnahme des Wirtschaftsbereichs Industrie erzielten die Steuerpflichtigen des Großhandels die im Durchschnitt höchsten Einkünfte. Sie betragen 1965 je Veranlagten 45 095 DM. Der relativ hohe Durchschnittswert ist erheblich durch die Einkünfte einiger weniger Großverdiener beeinflusst. U. a. haben im Jahre 1965 7 Großhandelsunternehmer einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mehr als 1 Mill. DM erzielt. Andererseits blieben rund die Hälfte der Steuerpflichtigen mit ihrem Gesamtbetrag der Einkünfte unter 25 000 DM. Der Großhandel konzentriert sich insbesondere auf den Nahrungsmittelsektor und den Handel mit von der Landwirtschaft erzeugten Produkten und benötigten Rohstoffen. Fast 2 000 Steuerpflichtige waren im Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie im Großhandel mit Getreide, Saaten, Pflanzen, Futter- und Düngemitteln sowie mit lebenden Tieren tätig. Auf sie entfiel etwa ein Drittel aller Einkünfte des Großhandels.

Besonders augenfällig ist die Abnahme der Steuerpflichtigen im Einzelhandel. In den Jahren 1961 bis 1965 verringerte sich die Zahl der Unternehmer um über 1 000 auf 17 153. Auch ihre Einkünfte stiegen unterdurchschnittlich an, und zwar insgesamt nur um 21% auf 371 Mill. DM gegenüber 30% im Durchschnitt aller Branchen. Die Entwicklung kann nur dahingehend interpretiert werden, daß Kleinbetriebe mit überholten Bedienungsformen

nur unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb



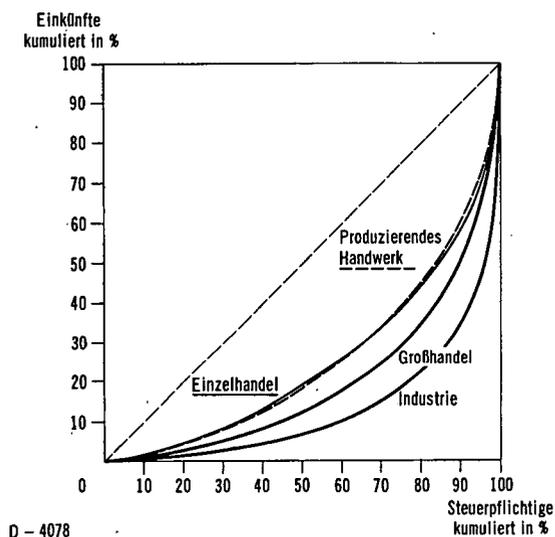
in der Regel nicht mehr rentabel arbeiten können und nach und nach durch Großbetriebe, insbesondere Filialbetriebe, abgelöst werden. Die Einkünfte der modernen Filialbetriebe sind häufig in der Einkommensteuerstatistik nicht enthalten, nämlich dann, wenn sie zu Unternehmen mit Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins gehören oder wenn es sich um Zweigniederlassungen von Gesellschaften handelt, deren Gewinne in der Körperschaftsteuerstatistik erfaßt sind. Die Schrumpfung des Anteils der Einkünfte von 24,1% auf 22,5% an allen Einkünften gewerblicher Art dürfte vorwiegend auf den genannten Grund zurückzuführen sein; der Rückgang spiegelt also wohl kaum die ökonomischen Gegebenheiten wider, sondern beruht auf den Besonderheiten der Erfassungsmethode dieser Statistik.

Dem Nahrungs- und Genußmittelhandel kommt sowohl nach der Zahl der Steuerpflichtigen als auch nach der Höhe der Einkünfte die größte Bedeutung innerhalb des Einzelhandels zu. 8 058 Unternehmen in dieser Wirtschaftsgruppe erzielten Einkünfte in Höhe von über 115,8 Mill. DM. Je Steuerpflichtigen dagegen rangieren die Lebensmitteleinzelhändler an letzter Stelle der Einkunftsskala. Über 85% von ihnen hatten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 25 000 DM. Unter den erfaßten Unternehmen herrschte also der Kleinbetrieb vor. Eine ähnliche Betriebsgrößenstruktur zeigt der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art. Hierzu gehören insbesondere die sogenannten Gemischtwarengeschäfte, die zu einem erheblichen Teil

ebenfalls Nahrungs- und Genußmittel absetzen. Als zweitwichtigste Wirtschaftsgruppe des Einzelhandels ist der Textileinzelhandel (einschließlich Einzelhandel mit Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen) anzusprechen. Die 1 946 Unternehmer in diesem Wirtschaftsbereich erzielten 62 Mill. DM Einkünfte aus Gewerbebetrieb; auf jeden von ihnen entfielen im Durchschnitt 31 852 DM. Die übrigen Wirtschaftsgruppen sind sowohl nach der Zahl der Steuerpflichtigen als auch nach der Höhe der gewerblichen Einkünfte schwächer besetzt. Je Unternehmen sind jedoch zum Teil relativ hohe Einkünfte ermittelt worden, so z. B. im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen oder im Einzelhandel mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln sowie Putz- und Reinigungsmitteln, worunter insbesondere die Apotheken und Drogerien sowie Seifengeschäfte zu erwähnen sind.

Die Verteilung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb auf die Unternehmer in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1965

nur unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb



Das Bild zeigt die unterschiedliche Verteilung des Gesamtbetrages der Einkünfte auf die Unternehmen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Auf der Waagerechten sind die Steuerpflichtigen in Prozent abgetragen, und zwar kumuliert von links nach rechts nach der Höhe ihrer Einkünfte. Auf der Senkrechten sind die entsprechenden Einkünfte ebenfalls kumuliert abgetragen, und zwar von unten nach oben. Hätten alle Steuerpflichtigen gleich hohe Einkünfte, so entstünde eine Gerade (gestrichelte Linie). In dem Maße, wie die Verteilung der Einkünfte auf die Unternehmen ungleichmäßiger wird, wird diese Linie zur durchhängenden Kurve. Nach der obigen Darstellung ist die Verteilung der Einkünfte in der Industrie am ungleichmäßigsten; in diesem Wirtschaftsbereich entfielen auf 50 % der Steuerpflichtigen etwa 7 % der Einkünfte, 90 % der Unternehmer erwirtschafteten 34 %

der Einkünfte und auf die übrigen 10 % entfielen etwa zwei Drittel. Im Großhandel streuen die Einkünfte schon weniger stark, und im Einzelhandel und produzierenden Handwerk sind die Unterschiede in der Verteilung der Einkünfte am geringsten.

Im Wirtschaftsbereich Handelsvermittlung erhöhten sich die Zahl der Steuerpflichtigen um 664 auf 3 799 und die Einkünfte aus Gewerbebetrieb um 28,3 Mill. auf 74,3 Mill. DM. Die überdurchschnittliche Zunahme der Vermittlertätigkeit dürfte u. a. in einer immer stärker auf Absatz orientierten Wirtschaft die Folge zunehmender Bemühungen der Produzenten sein, durch aktive Kundenbearbeitung und Werbung den Marktanteil auszuweiten. Der Bereich Handelsvermittlung birgt in zunehmendem Maße neben dem reinen Handelsgeschäft auch bestimmte Dienstleistungselemente in sich. Von 1961 auf 1965 ergaben sich auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe überdurchschnittliche Zuwachsraten. Der Anteil der Gastwirte und Hoteliers an allen erfaßten Steuerpflichtigen stieg auf 9,4% an, die im Jahre 1965 5,9% aller gewerblichen Einkünfte auf sich vereinigten.

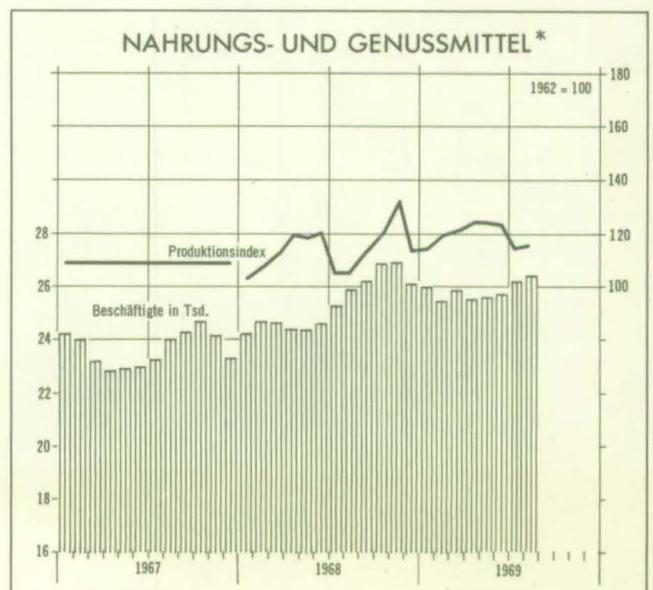
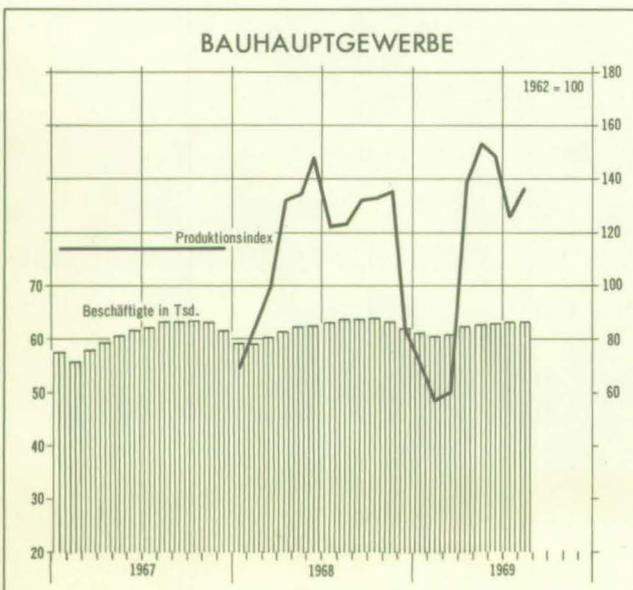
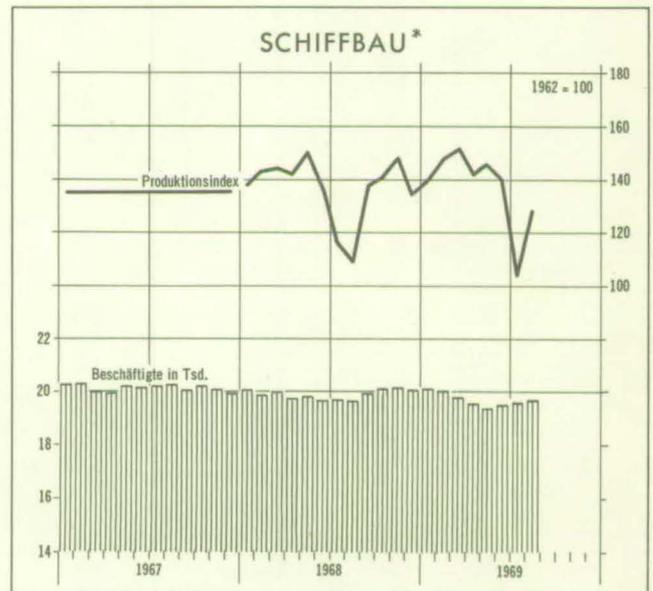
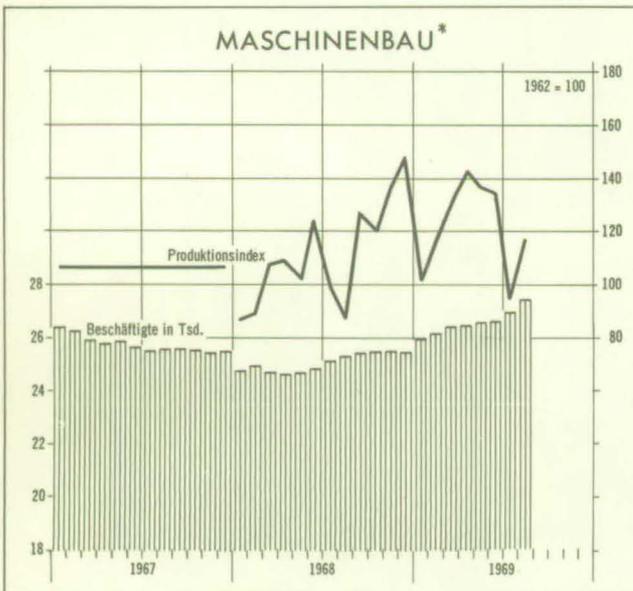
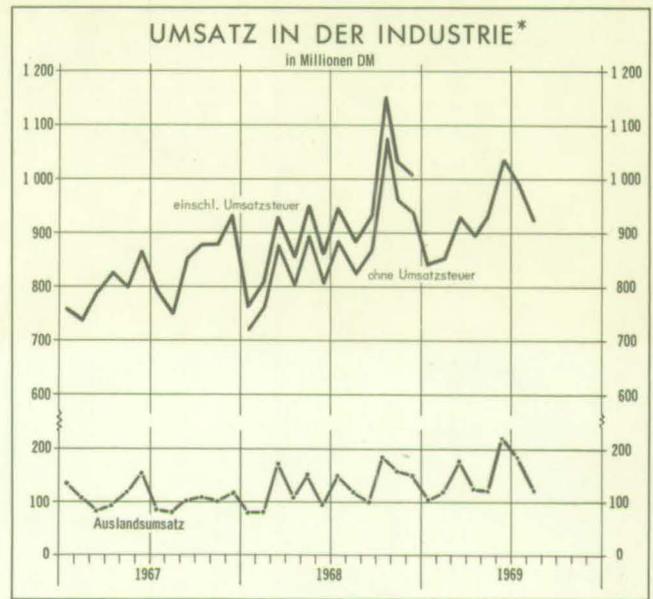
Zu den sonstigen Wirtschaftsbereichen zählen alle Unternehmer mit gewerblichen Tätigkeiten, die in der Tabelle oben nicht näher bezeichnet sind, also insbesondere die Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe sowie die Dienstleistungen, soweit sie von Gewerbebetrieben erbracht sind, mit Ausnahme des Gastgewerbes. Die Zahl der Steuerpflichtigen in diesem Restbereich erhöhte sich nach 1961 um 614 auf 9 573. Ihr Anteil an allen erfaßten Unternehmern stieg auf 15,6%. Insgesamt wurden 206,7 Mill. DM erwirtschaftet. Die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen beliefen sich auf 21 594 DM; das bedeutet gegenüber 1961 nur einen Zuwachs von 23%. Bei den in diesem Wirtschaftsbereich nach 1961 neu erfaßten Unternehmern dürfte es sich also hauptsächlich um Kleinbetriebe handeln, so daß sich der Anteil an allen gewerblichen Einkünften in diesem Wirtschaftsbereich nicht in dem Maße erhöhen konnte wie die Zahl der Steuerpflichtigen.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

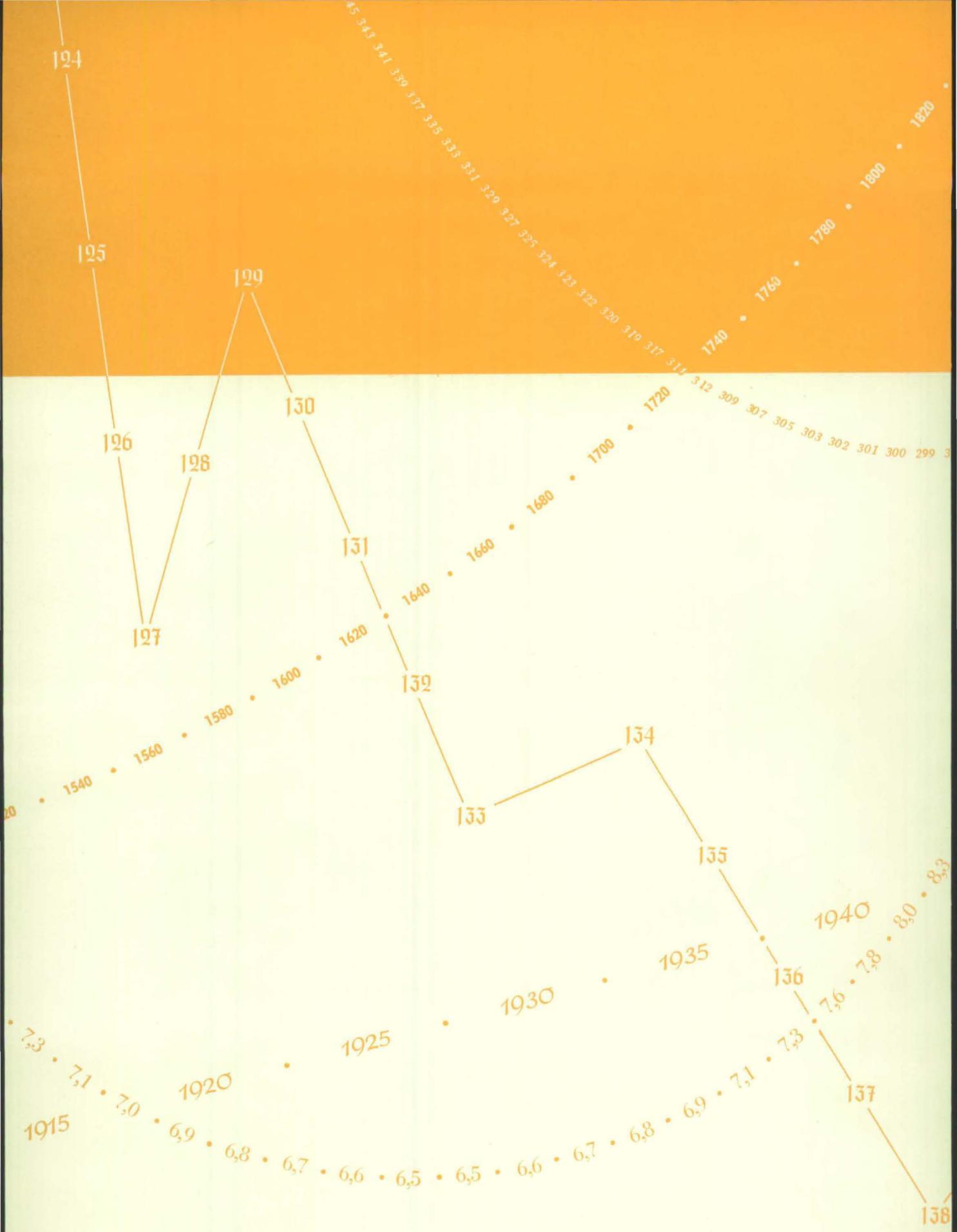
Vergleiche auch: "Die Einkünfte der Unternehmer", "Die veranlagten Einkommen und ihre Besteuerung im Jahre 1965" und "Die Zusammensetzung der Einkünfte und ihre Besteuerung im Jahre 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 151 (Juli), 1968, S. 287 (Dezember) und 1969, S. 128 (Juni).

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Bezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen